

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 44 vom 2. November 1984

18. Jahrgang

1 DM

## Kohl auf Barzels Spuren

CDU-„Gegenoffensive“:

Erwolle möglichst schnell eine Bundestagsdebatte über die Parteispenden. Er habe ein gutes Gewissen, sei als erster für eine Neuregelung des Spendenwesens eingetreten. Die SPD habe für die Hitler-Zeit auch Entschädigung kassiert. Es handele sich um eine großangelegte Kampagne von Staatsfeinden. Die Haushaltsdebatte im Bundestag im Dezember müsse ohne „Affären-Argumente“ stattfinden können. — Das waren die Worte Helmut Kohls, mit denen er zur von der CDU angekündigten Gegenoffensive antreten will. Die Springer-Presse hieb sofort in dieselbe Kerbe. Die Tatsachen aber sprechen eine andere Sprache als Helmut Kohl, wie es schon bei Barzel war.

Was will Kohl? Eine Bundestagsdebatte? Die braucht, außer der Bonner Prominenz, zuerst er selbst, niemand zu fürchten. Dabei erhebt sich die Frage: Sollen Abgeordnete, die Fakten zitieren, wie es Jürgen Reents tat, auch bei dieser Debatte sofort ausgeschlossen werden? Wenn Kohl, wie er sagt, eine solche Debatte von Anfang an wollte,

warum hat er dann nicht da schon, als Reents sprach, den Fehdehandschuh aufgenommen, sondern sich gedrückt und dafür gesorgt, daß Reents aus der Debatte ausgeschlossen wurde?

Wie verlogen ist Kohl? Will er tatsächlich jemand glauben machen, seine Kapitalistenpartei sei in der BRD verfolgt wor-

entfernte. Dazu waren Schmidt und Co. gerne bereit. Wegen dieses politischen Inhalts und der selbst kassierten viel größeren Summen kann er dieses Geld nicht anführen und spricht stattdessen von der Entschädigung. Zur Erinnerung: Als damals tatsächlich Sozialdemokraten verfolgt wurden, da waren die späteren CDU-Mitbegründer noch Marinerichter und Angestellte



„Haltet den Rufmörder!“

tz, München

den und habe deshalb „Recht auf Entschädigung“. Von wem verfolgt? Doch höchstens von den Kassenwarten der Groß-

des Goebbels-Ministeriums.

Wer ist gegen Kohl? Sicher: Die nicht, denen er, neben vielem anderen, auch noch Amne-

**Beschlüsse des ZK der KPD zur „Flick-Affäre“ — Seite 5**

konzerne! Tatsache ist: Auch die SPD hat Millionen bezogen. Um zu sichern, daß sie eine Politik betrieb, die sich von der der CDU wenigstens nicht allzuweit

stie für ihren Steuerbetrug versprach. Sind alle Kohl-Gegner Antidemokraten? Das hieß es schon bei der Kampagne gegen den Blutrichter Filbinger, gegen

Kohl und von Brauchitsch: Eine Duzfreundschaft

## Bürger Kohl und das Geld...

Helmut Kohl, letzte Woche: „Ich habe ein gutes Gewissen“. Das hatte Rainer Barzel auch. Und Otto Lamsdorff. Und die, denen Kohl Amnestie für ihre Steuerbetrügereien versprochen hatte. Ob es wirklich hat, sei dahingestellt. Zuzutrauen ist es ihm. Was aber nichts damit zu tun hat, daß er nicht selbst in die Flick-Zahlungen eingeflossen wäre.

In der Tat beginnt die bundespolitische Karriere des Helmut Kohl (ihr letzter Schritt), seine Wahl zum Parteivorsitzenden der CDU eben mit der „sozialen Abfederung“ von Barzels Rücktritt aus dieser Position.

Die Akten seines Duzfreundes von Brauchitsch, so hatte es der „Spiegel“ bereits in der letzten Woche enthüllt, enthalten nicht nur Zahlungen, sondern auch die politischen Kommentare, die Gründe für diese Zahlungen.

Und da eben steht in jenen Seiten, die über von Brauchitschs Gespräche mit Kurt Biedenkopf Auskunft geben, das Zitat „Zur Aktion Kohl entschlossen“. Das war der Grund, der dort angegeben wurde, weshalb an Barzel so viel bezahlt

wurde. (Den man sich damit natürlich auch „warmhielt“).

Nach Kiesingers schnellem Abgang, Barzels schnellen Niederlagen, sollte die CDU wieder einen Spitzenmann haben, der in Bonn unverbraucht, weil unbekannt war, der systematisch die Erneuerung dieser Partei betreiben sollte und die Koalition mit der FDP vorbereiten.

Dies waren die politischen Absichten Flicks und damit dürften sie denen anderer führender Figuren des Großkapitals nicht fremd gewesen sein. Dazu flossen die 15 Millionen an die CDU, die 6 an die FDP. Die über 4 Millionen an die SPD flossen gerade an jene Leute, die bereit waren, die „Linken“ in der Fraktion einzudämmen (also die, die etwa gegen die

Am 3. November in Bonn

## Demonstration für Frieden und Gerechtigkeit in Mittelamerika



Die Friedensbewegung ruft zu einer Demonstration für folgende Ziele auf:

Abzug aller US-Militärs aus Mittelamerika

Einstellung jeglicher Aggression gegen Nicaragua

Einstellung der kriegsrischen Aktion gegen die Bevölkerung El Salvadors und Guatemalas

Die Einstellung jeglicher Wirtschafts- und Mil-

tärhilfe für die augenblicklichen Regierungen von El Salvador, Guatemala und Honduras

Die Auszahlung der zugesagten Entwicklungshilfe an die Regierung von Nicaragua durch die Bundesregierung.

**Auftaktkundgebungen,** 11.00 Uhr Bonn, Südfriedhof, (hier trifft sich die KPD) Beuel-Pützchen, Markt, und Josefhöhe.

**Hauptkundgebung** im Bonner Hofgarten ab 14.00 Uhr. Es sprechen u.a. ein Vertreter der Regierung Nicaraguas und der Befreiungsfront FMNL aus El Salvador.

Auf nach Bonn!

Das freie Nicaragua wählt

## Solidarität mit Nicaragua

Amis raus aus Mittelamerika

Am 4. November finden in Nicaragua Wahlen statt. Die ersten freien Wahlen in der Geschichte des Landes. Trotz einer angespannten Situation — herbeigeführt durch den massiven Druck des US-Imperialismus, der bis heute nur seine bezahlten Söldnerbanden schießen läßt, aber selbst auch Gewehr bei Fuß steht, und durch die destruktive Haltung der bürgerlichen Opposition im Lande selbst — geht die sandinistische Regierung an die Verwirklichung eines ihrer ersten Versprechen, die Revolution zu machen und politischen Pluralismus zu garantieren.

Noch vor wenigen Tagen, bei der letzten UN-Vollversammlung, fuhr der UN-Botschafter der Reagan-Regierung erneut schwere Geschütze auf. Er sprach von den „antidemokratischen Absichten“ der „nicht gewählten militärischen Machthaber“ mit ihrer „sattsam bekannten ideologischen Verachtung für freie, gerechte, umfassende demokratische Wahlen in ihrem eigenen Lande und bei ihren Nachbarn“. Weiter warf er der sandinistischen Regierung vor, genauso schlimm zu sein wie das (von den USA bis zuletzt unterstützte) Somoza-Regime. Die Vorwürfe von politischer Unterdrückung, Zensur, Folter und Mord von Seiten der USA gegen ein kleines Land sind nichts anderes als ein Teil der psychologische Teil, der Kriegsvorbereitungen gegen das freie Nicaragua.

Denn trotz aller Probleme und Schwierigkeiten: Nicaragua hat seit der Revolution vor fünf Jahren viel erreicht — seine Revolution ist ein Beispiel für viele Völker, und genau das fürchten die USA-Imperialisten.

Einige Tatsachen dazu: In nur wenigen Monaten hat man in Nicaragua — erst ein Jahr nach dem Sturz Somozas — praktisch das Analphabetentum beseitigt.

Die Gesundheitsvorsorge und die ärztliche Betreuung ist heute — obwohl lange noch

nicht ausreichend — so gut wie noch nie in der Geschichte des Landes.

Der Aufbau eines staatlichen Sektors der Wirtschaft — noch schwach und klein — gehört zu den Erfolgen der sandinistischen Revolution, genau wie die Landreform, in der der gesamte Großgrundbesitz Somozas und noch mehr an kleine Bauern und Landarbeiter verteilt wurde.

Die Subventionierung von Grundnahrungsmitteln gehört dazu, wie auch die vielfachen Anstrengungen im Bildungs- und Kulturbereich, die nach der Revolution unternommen wurden — im Interesse des Volkes.

In der Reihe der Erfolge der fünf Jahre seit der Revolution gehört natürlich auch der Aufbau der sandinistischen Verteidigungskomitees und der Volksmilizen, die nicht nur bis heute ein fester Wall gegen die Angriffe der Contras sind, sondern auch bewaffnete Machtorganisationen des Volkes darstellen. Und hier, wie auch in den Gewerkschaften, in den vielen und einflussreichen Massenorganisationen, vom sandinistischen Jugendverband, über den Frauen- und Lehrerverband usw., hier existierte auch schon vom Tage der Revolution an wirklich De-

Fortsetzung auf Seite 11



Wahlkundgebung der sandinistischen Befreiungsfront. Auf dem Plakat steht: „Daniel (Ortega, RM) als Präsident“.

### Redaktionelle Notiz

Lieber Leser, in der Tat sieht diese Ausgabe des Roten Morgen um einiges anders aus als normal. Wir halten die Vorgänge um Barzel, Kohl, Flick und Co. für so wichtig, daß wir ihnen ein rundes Drittel dieser Zeitung widmen. Dafür mußten andere wichtige Themen weichen, Kabinettsbeschlüsse, neuer Personalausweis, WEU-Entwicklung (als Beispiele). Wir denken aber, wir nutzen diese Woche unseren Lesern am meisten, wenn wir ihnen nicht nur die politische Meinung der KPD zu diesen Ereignissen mitteilen, sondern Argumente an die Hand geben, Hintergründe und Zusammenfassungen liefern. Dadurch wurde aber der „gewohnte“ Rahmen des RM gesprengt, darunter leidet diese Woche auch die Berichterstattung „Aus Betrieb und Gewerkschaft“, weil wir auf jeden Fall noch das Thema „Nicaragua“ ausführlich behandeln wollten.

## Erklärung des ZK der KPD

# Kohl muß zurücktreten!

Der Rücktritt von Rainer Barzel als Bundestagspräsident hat in der Flick-Affäre nichts bereinigt. Er hat aber noch deutlicher gemacht, daß die gesamte Regierung, in erster Linie Bundeskanzler Helmut Kohl, im Zentrum dieses Skandals steht.

Der Weg Helmut Kohls an die Spitze der CDU und damit letztlich auch ins Bundeskanzleramt wurde von Flick freigekauft. Mit Flick ist einer der finanzkapitalistischen Drahtzieher der Bonner Wende eher zufällig aus der vornehmen Anonymität ans Licht der Öffentlichkeit gezerzt worden.

Flick und die von ihm verteilten Bestechungsmillionen werfen ein Schlaglicht auf die tatsächlichen Machtverhältnisse in diesem Land: es regiert das große Geld, das sich Politiker und Parteien kauft.

Gewiß: es geht nicht nur um die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP. Auch die SPD hat Gelder von Flick erhalten. Es gibt wenig Anlaß, darüber zu schweigen. Es gibt im Gegenteil gerade für die sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen viel Anlaß darüber nachzudenken und zu diskutieren, welche enge Verbindung ihre Partei selbst mit den reaktionärsten Vertretern des großen Kapitals hat und darüber, warum die Politik der Regierung Schmidt dem Flick-Konzern doch immerhin 4,3 Millionen Mark wert war.

Andererseits aber ist überdeutlich, in welche Richtung die Flick-Millionen vor allem geflossen sind. Von den bislang bekannt gewordenen Zahlungen erhielten die Unionsparteien 15 Millionen, die FDP 6,5 Millionen und die SPD 4,3 Millionen. Die damalige Opposition kassierte den Löwenanteil, die FDP erhielt als der bei weitem kleinere Partner der damaligen SPD/FDP-Koalition immer noch deutlich mehr als die führende Regierungspartei SPD.

Die Flicks und ihresgleichen, die reaktionärsten Vertreter des westdeutschen Finanzkapitals rotten sich vor allem auf dem rechten Flügel der CDU/CSU zusammen. Strauß steht nicht umsonst ganz oben auf der Spendenliste seines Duz-Freundes F. K. Flick. Die Notizen aus dem Flick-Konzern belegen, daß die Millionen der Milliarden bis in einzelne Formulierungen hinein die politischen Beschlüsse der Unions-Parteien beeinflusst haben.

Diese Regierung wurde vom großen Geld an die Macht gebracht und ihre Politik ist entsprechend: mit den Unternehmerverbänden gegen die Gewerkschaften, mit den Rüstungsindustriellen gegen die Friedensbewegung, mit Atomindustrie und Chemiekonzernen gegen den Umweltschutz, mit den Reichsten im Lande gegen die Ärmsten.

Jetzt ist der Kanzler dieser Regierung als Kanzler von Flicks Gnaden enttarnt. Die Dankesschuld, die er gegenüber seinem finanzkräftigen Förderer abzutragen hat, ist vom Flick-Konzern peinlich genau notiert worden. Welche Geldgeber darüber hinaus anonym hinter den Kulissen die Politik dieses Kanzlers und dieser Regierung lenken — darüber kann nur spekuliert werden. Daß es nur um Flick geht, wer mag daran nach den Enthüllungen der letzten Wochen und Tage noch glauben?

Die an sich selbstverständliche Forderung nach Rücktritt der Regierung und Neuwahlen ist bislang weder von der SPD noch von den Grünen, die als einzige Partei kein Geld von Flick erhalten haben, erhoben worden. Der DGB, der sich im Streikkampf in der Metall- und Druckindustrie dieser Regierung als einer offenen Arbeitskämpftruppe der Unternehmer erweisen mußte, fordert ebenfalls nicht den Rücktritt dieser Regierung.

In dieser Situation darf sich die Diskussion in den Betrieben und Gewerkschaften nicht in allgemeinen Redensarten, daß Geld die Welt regiert und Politik ein schmutziges Geschäft ist, erschöpfen. Eine Arbeiterbewegung, die schimpfend, aber tatenlos eine solche Regierung weiter duldet, verliert gegenüber den Agriffen von Kapital und politischer Reaktion immer weiter an Boden. Dieser Kanzler, diese Regierung müssen weg. Kohl muß zurücktreten und den Weg für Neuwahlen freimachen!

## Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

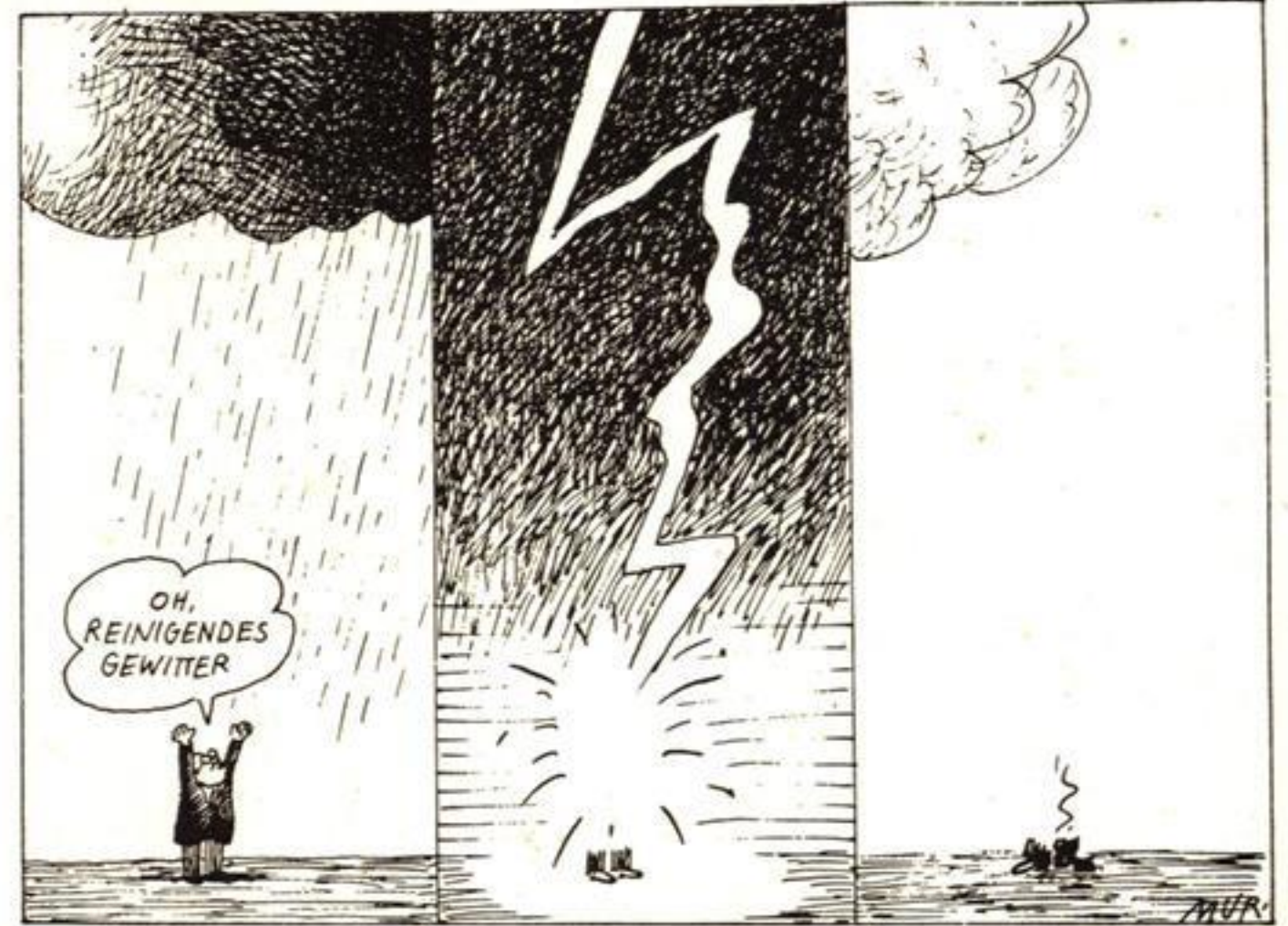
# Rücktritt von Kohl! Neuwahlen!

Seit der Abgeordnete Reents von den Grünen im Bundestag erklärte, daß der Weg Kohls an die Spitze von Fraktion und Partei von Flick freigekauft worden sei, ist der Bonner Flick-Skandal Gesprächsthema Nr. 1 in der Bundesrepublik geworden. In den Diskussionen schlägt die Erregung zum Teil hohe Wellen. Trotzdem bleibt es seltsam ruhig im Land. Warum? Weil nicht nur die SPD, sondern auch die Grünen, auch die DKP und andere zwar nach Aufklärung drängen, aber wie die Katze um den heißen Brei um die Forderung herumschleichen, die doch eigentlich die politisch naheliegendste wäre: die Forderung nach Rücktritt von Bundeskanzler Kohl und Neuwahlen.

Da heißt es beispielsweise, der Flick-Skandal werfe Licht auf die Verquickung von Wirtschaft und Politik. Das sei ein grundsätzliches Problem, das nicht personalisiert werden dürfe.

Natürlich: der Flick-Skandal zeigt, daß wer die wirtschaftliche Macht hat, auch politische Macht besitzt. Und die KPD gehört bestimmt nicht zu denen, die ausgerechnet in dieser Situation den Parlamentarismus verteidigen will. Im Gegenteil. Wir sagen: der Flick-Skandal zeigt einmal mehr, daß es Demokratie in diesem Land erst geben wird, wenn die Arbeiterklasse die politische Macht erobert und eine sozialistische Wirtschaftsordnung errichtet.

Aber als Antwort auf die politische Situation reicht das nicht aus. Kohl und die CDU/CSU-Spitze haben jetzt eine umfassende Kampagne gegen die angeblichen „Verleumdungen“ gestartet. Einer der Kernpunkte: immer neue Enthüllungen über Gelder, die Sozialde-



mokraten bekommen haben. Es kann nicht darum gehen, die SPD in Schutz zu nehmen. Es muß aber darum gehen, nüchtern und illusionslos den Zweck der Übung zu analysieren. Und der Zweck der Übung heißt: ablenken davon, daß die CDU/CSU die Partei des großen Geldes ist; heißt, verhindern, daß der Flick-Skandal zur Stärkung der Kampffront gegen das Kapital und die Reaktion bei uns führt.

Die klarste Antwort auf diese politische Offensive der CDU/CSU ist die Forderung nach Rücktritt von Kohl. Die Losung „keine Personalisierung“ verwischt die politischen Fronten.

Andere meinen, der Rücktritt von Kohl würde nichts bringen, weil eben ein anderer dann für ihn weitermachen würde. Natürlich. Stoltenberg etwa

wäre bestimmt kein Kanzler, den wir haben wollen. Aber darum geht es doch nicht. Es geht darum, daß die Arbeiterbewegung, die demokratische Bewegung in der Bundesrepublik klarstellen muß, daß sie einen Kanzler, der sich seinen Weg von Flick freikaufen läßt, nicht hinnehmen will. Und es geht darum, daß wir genauso unmißverständlich klarstellen, daß wir es auch nicht hinnehmen, daß bestimmte Vertreter des Kapitals in dieser Weise den Parlamentarismus unterminieren. In diesem Sinne hat die SPD durchaus recht, wenn sie in einer Erklärung schreibt: „Verteidigt die Demokratie gegen das große Geld.“ Bloß — warum tut sie es nicht?

Außerdem: wenn man nicht will, daß Kohl geht und Stolten-

berg oder irgendein anderer einfach weitermacht, dann ist die logische Schlussfolgerung doch nicht, auf die Forderung nach Rücktritt von Kohl zu verzichten. Die logische Schlussfolgerung daraus kann nur heißen, Neuwahlen zu fordern.

Natürlich bieten Neuwahlen keine Garantie für das Ende der Wende-Regierung. Aber sie würden die Pläne der Herrschenden, die Sache so schnell und so folgenlos wie möglich über die Bühne zu bringen, durchkreuzen. Sie wären auch das geeignetste Mittel, eine breite Massenmobilisierung zu erreichen und dabei dem Kampf gegen das Kapital und die Reaktion voranzubringen. Deshalb sind wir dafür.

## Barzel, Kohl und die SPD

Das meinte das Präsidium der SPD: „Es sei durch die Veröffentlichungen der letzten Tage der Eindruck entstanden, Politik und Politiker in der Bundesrepublik seien käuflich, die Staatsgewalt gehe nicht vom Volk, sondern vom großen Geld aus.“

Wer wollte bestreiten, daß dieser Eindruck sich geradezu aufdrängt. Wenn das aber so ist, dann erscheint die sozialdemokratische Opposition auf merkwürdige Weise zurückhaltend — um nicht zu sagen feige. Gewiß, der Rücktritt von Barzel wird gefordert. Aber warum hat die SPD nicht mehr zu fordern? Warum fordert sie nicht den Rücktritt von Kohl, dem Kanzler von Flicks Gnaden?

Warum fordert die SPD nicht Neuwahlen? Immerhin doch eine naheliegende Forderung, nachdem die CDU/CSU ihren Kandidaten Kohl bei der letzten Bundestagswahl ja nun wirklich nicht als Mann von Flick präsentiert hat. Und wer seine Stimme im März letzten Jahres dem Aufschwung und der geistig-moralischen Erneuerung gegeben hat, der hat ja wohl, nachdem er die Drahtzieher der Wende kennt, ein Recht auf Neuwahl.

So zurückhaltend die SPD, so verächtlich still die Gewerkschaften. Vor wenigen Wochen, am 20. September, hat der IG-Metall-Vorstand unter Hinweis auf die unsoziale Politik der Bundesregierung erklärt, die IG Metall wolle für eine andere Regierung werben und dafür vor allem die Betriebsversammlungen ausnutzen. Jetzt, wo klar wird, daß Flick sich diesen Kanzler gekauft hat, ist ausgesprochene Funkstille. Was hält

die IG Metall und den DGB davon ab, jetzt den Kampf gegen diese Regierung des Kapitals zu verstärken?

Vielleicht hat die Zurückhaltung der SPD und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer etwas damit zu tun, daß wer selbst im Glashaus sitzt, besser nicht mit Steinen wirft. Denn wenn auch die SPD nur 4,3 Millionen von Flick kassiert haben soll und nicht 15 Millionen wie die Unionsparteien oder 6,5 Millionen wie die FDP, wenn auch Flicks penibler Buchhalter Diehl nur 190 000 Mark für Willi Brandt notiert hat und nicht 665 000 Mark wie für Kohl oder über eine Million wie für Strauß und Genscher, so hängt die SPD eben doch mit drin. Und bei aller Empörung von Brandt und Vogel über Barzel, Kohl und Lamsdorff gibt es eben andererseits offensichtlich die „Solidarität der geflickten Demokraten“.

Aber es sind wohl auch nicht nur die Flecken auf der eigenen Weste, die der SPD solche Zurückhaltung auferlegen. Es geht ihr auch um Höheres: in der Sache ist der Fall Flick längst zu einer Staats- und Verfassungskrise geworden und wo die Stabilität des Staates bedroht ist, da sieht sich die SPD in der Verantwortung.

Bloß nicht die Arbeiter-schaft, die eigenen Mitglieder und Wähler gegen die Anschläge von Flick und Konsorten mobilisieren. Das bringt Unruhe und Unruhe ist gefährlich.

Lieber alles in Ruhe und Geschäftsordnung im Ausschuß verhandeln. Da kann nichts passieren. So hat die SPD-Führung schon vor 1933, als es auch schon um Flick ging, gedacht — bis es passiert ist.

## DKP und Flick-Affäre

### „Das Ansehen des Bundestages nicht weiter lädieren?“

Das Thema Barzel, Kohl und Flick ist selbstverständlich auch bei der DKP-Zeitung „UZ“ in diesen Tagen zentral. Das ist nicht die Frage — wer befähigt sich in diesen Tagen schon nicht damit, sofern er politisch interessiert ist. Wie — das ist die Frage.

Dabei ragen bei den bisherigen Aussagen der DKP zwei heraus: Der Brief, den der Vorstand der DKP am Dienstag, dem 23. 10., an die Fraktionen des Bundestages sandte und die Ausführungen, die Herbert Mies auf dem Kongreß der DKP in Castrop-Rauxel am vergangenen Wochenende machte.

**Kernsätze:** „Das Ansehen des ohnehin nicht vertrauensbildenden Bundestages darf nicht noch weiter lädiert werden.“ (Brief) Und: „Deshalb fordern wir als Arbeiterpartei nicht nur den Rücktritt von Politikern sondern mehr. Wir fordern ein Antikorruptionsgesetz.“ (Mies)

**Inhalt:** Die DKP sorgt sich um das Ansehen des Parlaments, der Rücktritt Kohls ist für sie kein Thema einer politischen Kampagne.

Das mag zunächst als eine demagogische Verkürzung erscheinen. Tatsache aber ist doch (läßt man das wirkungslose „ohnehin...“ außer Acht), daß es vom Standpunkt des Kampfes der Arbeiterklasse her rundherum falsch ist, sich um das Ansehen des Parlaments zu kümmern. Auch als „Hilfsargument“ ist dies keine revolutionäre, kommunistische Herangehensweise. Die Erkenntnis, daß das Kapital die Politik bestimmt, entspricht der Realität.

Die kann man nicht durch eine Säuberung verändern, sondern durch offenen politischen Kampf. Und bei diesem Kampf wäre selbstverständlich der Rücktritt des Kanzlers eine große politische Niederlage der Reaktion und des Kapitals.

Da aber dreht die DKP plötzlich den Spieß um und wird radikal. Nicht nur Rücktritt, sondern auch Antikorruptionsgesetz. Außen vor gelassen, unter welchen Bedingungen solch ein Gesetz sinnvoll sein könnte, Tatsache ist doch, daß die DKP den Rücktritt Kohls nicht fordert, sich nicht dafür engagiert. Mies sagt lediglich „niemand wäre Kohl böse, wenn er zurückträte“.

Eine Systemkritik auf der einen Seite, keinen konkreten Kampfschritt auf der anderen — so laviert die DKP-Führung in dieser Situation. Hat auch sie Angst vor „Geistern“, die sie da rufen könnte? Oder Angst um die SPD? Allein der Ruf nach neuen „Spielregeln“ jedenfalls bringt keine Veränderung zum Besseren. Dieser Ruf ertönt jedesmal bei einer neuen „Affäre“. Was hier deutlich wird, ist, daß die DKP trotz aller gegen-täglichen Beteuerungen eine parlamentarisch ausgerichtete Partei ist.

Fortsetzung von Seite 1

## Bürger Kohl und das Geld ...

Aber: Es ist nicht nur die Frage, ob Flick Kohls Weg an die Spitze der CDU freikaufte, wies der „Spiegel“ schrieb und der Abgeordnete Reents (Grüne) im Bundestag wiedergab.

In von Brauchitsch „Buch“ über Zahlungen sind aufgeführt: 26.1.74 Ka wg Kohl 50000,—; 4.2.75 Ka über vB wg Kohl 50000,—; 3.9.75 Ka wg Kohl 100000,—; 20.11.75 Ka über vB wg Kohl 50000,—; 13.7.76 vB wg Kohl 50000,—; 17.11.76 vB wg Kohl 30000,—; 10.5.77 vB wg Kohl 50000,—; 4.12.77 vB wg Kohl 30000,—; 11.8.78 vB wg Kohl 25000,—; 19.1.79 vB wg Kohl 30000,—; 30.1.80 vB wg Kohl 50000,—.

Sowohl zur Zeit von Konrad Kaletsch als auch später, als ihm Eberhard von Brauchitsch folgte, werden also in der schwarzen Kasse Flicks ununterbrochen Zahlungen „wegen Kohl“ verbucht.

In seiner Vernehmung als Zeuge bei der Ermittlung der Staatsanwaltschaft wegen Bestechlichkeit gegen „Friderichs und andere“ hatte Kohl bereits 1982 zugegeben, daß er Barzahlungen von Beauftragten des Flick-Konzerns „für meine politische Arbeit“ erhalten hatte.

In seiner Aussage waren dies „zwei oder drei Spendenvorgänge in einer Größenordnung um die 20 oder 30 bis 35 000 Mark“. Gegeben hatte das Geld von Brauchitsch. Zufall, daß ein Mann nicht mehr weiß ob er nun 40000 oder 100000 Mark bekommen hatte? (Denn diese Spannweite läßt die zitierte Aussage zu). Das erschien wohl doch allzu unsauber, also verfaßte Herr Kohl im September 1982 einen ergänzenden Brief an die Staatsanwaltschaft (die Kanzlerschaft nahte). Darin erinnerte sich Kohl nun an drei Zahlungen von zusammen 155000 Mark in den Jahren

1977 bis 1980. Ob das nun allerdings Gelder waren, die ihm bar in die Hand gegeben wurden, schrieb er nicht. Dafür betonte er, diese Beträge seien dem CDU-Schatzmeister von ihm zugeleitet worden.

Die von verschiedenen Seiten angeführten, vorne teilweise aufgezählten Gelder von insgesamt 565000,— Mark die von Brauchitsch wegen Kohl ausgegeben hatte, seien ihm völlig unbekannt geblieben, sagte der Kanzler bei seiner ersten Vernehmung durch die Staatsanwaltschaft. Nachfragen darüber, wie das angesichts seiner langjährigen privaten Kontakte zu von Brauchitsch denn zu sehen sei, blieben unbeantwortet.

Ebenso, wie er keine Antwort auf die Aktennotiz von Brauchitsch gab, Kohl habe Vorschläge gemacht, wie man in der CDU-Fraktion mögliche Widerstände gegen Flicks Steuerbefreiung überwinden könne.

Es braucht also keineswegs eine große Kampagne mit erfundenen Vorwürfen gegen diesen Kanzler. Es braucht eine ehrliche Betrachtung der vorliegenden aktenkundigen Tatsachen. Es braucht eine politische Bewertung dieser Tatsachen. Dann ist es zur Förderung nach Rücktritt dieses Mannes kein großer Schritt mehr.

Schon zweimal zuvor war die politische Karriere Helmut Kohls in fragende Schlagzeilen geraten. Das erste Mal, als er als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz ausgerechnet jenem Mann eine Lande.bürgschaft besorgte, der Kohls Aufstieg gebahnt hatte: Fritz Ries, der Chef des Frankenthaler Pegulan-Konzerns. Und das zweite Mal, als er Kanzler wurde: Da hatte ihm das Kapital einen Partner gekauft, das Duo Genscher/Lambsdorff. Aber Bürger Kohl hat ein gutes Gewissen ...

# ABC des

**A** Amnestie — das hatte Kanzler Kohl den Kapitalisten versprochen; in aller Heimlichkeit ließen sie einen Gesetzentwurf vorbereiten, der am öffentlichen Protest und an FDP-Ängsten scheiterte

**B** Barzel — nicht nur der Mann, der — wie er jetzt sagt — für 18 Gutachten (v. Brauchitsch: „Nichts wert“) 1,7 Millionen gekriegt haben will; als er CDU-Fraktionschef war, kam der Kauf gegnerischer Abgeordneter „in Mode“ (Geldner 1970)

**C** CDU/CSU — 115 Millionen in zehn Jahren allein von Flick, alle ihre Spitzenpolitiker verwickelt

**D** Demokratie — das, was sich Flick und Quant, Thyssen, Schleyer, Henkel, Siemens, Haniel, Henle und Co kaufen können

**F** Flick — „Herrenausstatter der Republik“ mit besonderer ständiger Vertretung in den Bundestagsausschüssen für Rüstung und Wirtschaft

**G** Geldwaschanlage — die zahlreichen neutralen Einrichtungen der Parteien für die man — steuerbegünstigt — „spenden“ kann; gibt es in jedem Bundesland, vor allem bei CDU/CSU und FDP

**H** Hitler — bisheriger Rekordhalter in Summen, die er vom Großkapital erhielt

**K** Kohl — der Mann, der als nächster nach Barzel wird Rechenschaft ablegen müssen über die 650000, die er von Flick erhalten hat

**L** Lambsdorff — bekam die konkreteste Spende, Gegenleistung für die Steuerbefreiung

**M** Mandat — Abgeordnete bekommen es ganz offensichtlich nicht in erster Linie, vom Wähler

**N** Nazimethoden — was die CDU stets allen vorwirft, die ihre dunklen Geschäfte aufdecken

**O** Opposition — die sich aus verschiedenen Gründen bisher nicht traut, gegen diese Wunschregierung des Großkapitals (und das läßt sich seine Wünsche immer was kosten) vorzugehen

**P** Parlament — Versammlung, in der jeder Konzern „seinen“ (mindestens) Vertreter sitzen hat

**R** Rheinland-Pfalz — Bundesland mit den meisten Geldwaschanlagen der Parteien

**S** Strauß — er hat am allermeisten bekommen, allein mal eben 60000 Mark zum Geburtstag

**V** Vorteilsname — moderne Umschreibung für Bestechung

**W** Wg — wegen: das am meisten gefürchtete Wort in der Schwarzen Kasse der Flickbuchhaltung, wer dahinter steht, hat „Zuwendungen“ erhalten



## Flick-Skandals

### Die Minister und das Kapital — Wenderegierung unter der Lupe

Es sind nicht nur die Gelder von Flick (und vielen, vielen anderen), mit denen sowohl einzelne Maßnahmen als auch poli-

Es ist die oft langjährige Verbundenheit von Politikern zu Konzernen, aus denen sie hervorgegangen sind, die zum Teil ihre Karriere gefördert oder ermöglicht haben. Und es sind eigene unternehmerische Interessen der Minister, Staatsminister und Staatssekretäre, die die Tätigkeit gerade dieser Regierung prägen.

Da ist zum einen Finanzminister Stoltenberg — hervorgegangen aus dem Krupp-Konzern. Da ist bestimmt keine Feindschaft im Spiel, wenn nun Krupp beantragt, seine Fusion mit Klöckner (bedeutet den Verlust von — mindestens — 3000 Arbeitsplätzen) auch noch staatlich zu finanzieren.

Da ist zum zweiten der Bundeskanzler. Als langjähriges Mitglied des Aufsichtsrates der BASF in Ludwigshafen hatte er — wenig überraschend — stets Verständnis für die chemische Industrie, wenn sie beispielsweise wegen Umweltverschmutzung in die öffentliche Kritik kam. Seine Verbindungen zum Hause Flick sind in der Weise erst jetzt vom „Spiegel“ aufgedeckt worden.

Da ist drittens Hans Dietrich Genscher. Der Mann, der in der Flick-Rangliste auf Platz 2 liegt, steht einer Partei vor, die ohne die Spenden der Großindustrie niemals hätte überleben können. Im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl erhielt sie alle die Jahre unmaßig viele solcher

Sonderspenden, vorzugsweise über rheinland-pfälzische Geldwaschanlagen (als dort noch Kohl Ministerpräsident war und Gaddum Finanzminister).

Da war — viel zu lange — Otto Graf Lambsdorff. Einst, als Nachfolger von Walter Scheel, lange Jahre in der für die FDP so entscheidenden Position als Schatzmeister von NRW, im Hauptberuf Manager bei der Victoria-Versicherung.

Von einem Mann wie Wörner weiß man seit langem, daß er sich bei seinen Reisen die Kosten gerne von Rüstungskonzernen bezahlen läßt — seine von Lockheed bezahlte USA-Reise war dann auch das erste, mit dem er als CDU-Wehrexperte auffiel, vor zehn Jahren.

Das sind Kanzler, Außenminister, Finanz- und Wirtschaftsminister sowie Verteidigungsminister. Männer in den „klassischen Ressorts“ jeder Regierung, deren persönliche vielfältige Verbindung zum Großkapital bekannt ist.

Kann man noch hinzufügen: Der Agrarminister und Großbauer Ignaz Kiechle, der Verkebelungsminister (und Unternehmer in diesem Bereich) Christian Schwarz-Schilling. Ohne Position in Aufsichtsräten wichtiger Kapitalgesellschaften gibt es keinen einzigen Bonner Minister in der Wenderegierung.

Aber auch auf anderen Posten hoher Verantwortung steht

tische Programme von Parteien den Wünschen des Kapitals angepaßt werden.

eine lange Liste von dem Kapital verbundenen Männern. Nicht nur ein Rainer Barzel und seine Flick-Story fallen da auf. Auch ein Alfred Dregger, der ja sowieso „Datenschutz“ für die Einkommen der Abgeordneten fordert (was es in keiner einzigen bürgerlichen Demokratie gibt, geschweige, daß dort einer so eine Unverschämtheit zu fordern wagt — er muß es wohl besonders nötig haben). Auch er hat — neben Flick — seine Verbindungen zur hessischen

Chemie. Auch der aufs Maul gefallene Staatsminister Möllemann ist noch da samt seinen diversen „Amateur“-Geschäftchen. Oder der Siemens-Angestellte, frühere Staatssekretär und jetzige Chef der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Francke. Der sich ganz im Sinne Siemens ja denn auch gleich im Streik „gut einführt“. Eine Regierung, die dem Kapital wahrlich „lieb“ und — vor allem — „teuer“ ist, aber es lohnt ja auch dick.



## „Unsere“ Abgeordneten — wessen Abgeordnete?

Peter von Siemens war es, der vor einiger Zeit — in bemerkenswerter Offenheit — sagte, sein Konzern ermögliche 300 Mandatsträgern die Ausübung ihrer politischen Tätigkeit, auf allen Ebenen. Im Bundestag waren es bis vor kurzem deren drei. Hauptreferent für internationale Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialfragen bei Siemens und Geschäftsführer des CDU-Wirtschaftsrates war lange Jahre Haimo George — als er Abgeordneter wurde, gab er sein CDU-Amt auf. Auf der Siemens-Liste kandidierten auch Helmut Link (CDU) aus Frankfurt und Heinrich Francke (CDU) aus Osnabrück, der

inzwischen Chef der Bundesanstalt für Arbeit ist.

Für das „Haus Flick“ ist es seit langem Tradition, mindestens einen Abgeordneten aus dem CSU-Bundesvorstand aus den Reihen seiner Aufsichtsräte zu stellen: Erst Wolfgang Pohle, jetzt Reinhold Kreile, Aufsichtsratsvorsitzender. Er ist neben vielen anderen Aufsichtsratsmitgliedschaften auch Aufsichtsratsvorsitzender der „Münchener Pilotengesellschaft für Kabelkommunikation.“

Bei vollen Bezügen von „ihren“ Unternehmen freigestellt, sind auch die Bundestagsabgeordneten Klaus Franke, CDU (Hamburg), Referent

beim Vorstand der Deutschen BP, Josef Bugl, CDU (Mannheim), Prokurist der BBC, und der „Werkzeugmacher“ Otto Zink, CDU (Rüsselsheim), der während seiner Mandatszeit 400000 DM von Opel bezog. (Bezog, weil es über diesen Weg aufhören mußte, da deutlich war, daß er nicht weiterarbeitete).

Auch Alexander Warrikoff, CDU (Hanau), der noch amtierende Geschäftsführer der Atomzentralen NUKEM und ALKEM hat einen prominenten „Hintermann“. Seine Tätigkeit steht im Dienst des Energiekonzerns RWE.

Das zieht sich durch die Ge-

schichte: CDU-Verkehrsexperte Müller-Hermann war in seiner Zeit zugleich Funktionär des Zentralverbandes des Kraftwagenhandels.

Und das zieht sich herunter: Ingeborg Hoffmann, CDU, die neulich in der Türkei war, die Gefängnisse nur für ein bißchen alt, vor allem aber die Hotels für ausbaufähig hielt, ist Präsidentin der „Fachabteilung Autobahnraststätten im Deutschen Hotel- und Gaststättenverband“.

Es gibt auch noch andere Varianten: Der FDP-Abgeordnete Julius Cronenberg (NRW), bekannt durch Ausfälle gegen jede Art von Sozialpolitik, ist selbst Unternehmer und in Unternehmerverbänden aktiv. Und auch Richard Stücklen ist Mitinhaber der Firma BMS-Ingenieurgesellschaft. Die einen Auftrag im Rahmen des Bundestagsneubaus erhielt ...

## Flick und Konsorten

# Die Industriellen-Apo

„Entschlossen zur Aktion Kohl“, so faßte der ehemalige Flick-Bevollmächtigte v. Brauchitsch das Ergebnis einer Unterredung vom 15. April 1973 mit dem damaligen Henkel-Manager Kurt Biedenkopf zusammen. Im Anschluß daran setzte Flick seine Millionen in Bewegung, um die Aktion Kohl zum Erfolg zu führen.

So schockierend sich diese Enthüllungen über die brutale und direkte Einflußnahme finanzkapitalistischer Kreise auf die Politik für viele Menschen heute lesen, gilt es festzustellen: das ist mitnichten ein einmaliger Betriebsunfall des Parlamentarismus.

Natürlich, die wirklich Mächtigen ziehen es vor, ihre Macht lautlos und ohne schreiende Publicity auszuüben. Franz Josef Strauß antwortete auf eine entsprechende Interview-Frage einmal recht bezeichnend: „Schon seit längerem kann ich mich eines größeren Beraterkreises erfreuen, der sich nicht nur durch Sachkenntnis, sondern auch durch Anonymität auszeichnet.“ (1) Die Rede war von seinen wichtigsten Gesprächspartnern aus dem Bereich der Wirtschaft und des Bankwesens.

Dieser in finanzkapitalistischen Kreisen ausgeprägte Hang zur Anonymität, sich in seinen politischen Aktivitäten bedeckt zu halten, macht es schwierig, die finanzkapitalistische Einflußnahme auf die Bonner Politik kontinuierlich namhaft zu machen.

## Die Industriellen-Apo

Aber wie jetzt die Flick-Affäre wurde auch früher schon einiges bekannt. So berichtete der „Spiegel“ im November 1970: „Eine rechte außerparlamentarische Opposition arbeitet seit dem 29. November 1969 am Sturz der Bonner SPD/FDP-Regierung.“

Damals, 5 Wochen nach der Kanzlerwahl Willy Brandts, trafen sich mit dem CDU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß die Großindustriellen Herbert Quandt und Friedrich Karl Flick, der BMW-Vorsitzende Eberhard von Kuenheim, Flick-Gesellschafter Wolfgang Pohle, das Vorstandsmitglied des CDU/CSU-Wirtschaftsbeirats Reinhold Kreile und die Spitzenmanager Zahn, Pavel und Burkhardt. Flick hielt den Ablauf der Unterredung in einem „Notiz“ genannten Protokoll fest.“ (2) Flick konnte damals laut „Spiegel“ u. a. folgende Ergebnisse der Beratung festhalten:

- Es sei falsch gewesen, Kiesinger bei der Bundestagswahl 69 so herauszustellen, offensichtlich zeichnet sich also damals schon die Entschlossenheit zur „Aktion Barzel“ ab.
- Man müsse die Massenmedien beeinflussen, insbesondere um der SPD und ihrem damaligen Wirtschaftsminister Karl Schiller die vorauszuhehnde Rezession in die Schuhe zu schieben.

- Man müsse Franz Josef Strauß persönliche und finanzielle Hilfe zur Verfügung stellen.
- Man müsse die von Linken zersetzte FDP zerstören. Wenn ein Dutzend FDP-Abgeordnete überliefen, sei die Koalition am Ende.

Die Zeitschrift „Konkret“ berichtete von einem anderen Industriellen-Widerstandszirkel, dem sogenannten Brett-Kreis, der sich zwischen 1969 und 1972 traf, um — mal mit Strauß, mal mit Dregger — Maßnahmen zum Sturz der Regierung Brandt zu beraten (beispielsweise einen Anzeigenboykott gegen die eher regierungsfreundlich eingestuftten Blätter wie „Spiegel“ und „Stern“).

Teilnehmer des Brett-Kreises u. a.: v. Heusinger von der Quandt-Gruppe, Krug von der Feldmühle AG (Flick-Konzern), Hauenschild vom Vorstand der Deutschen Bank, Bauer von der Deutschen Shell AG, vom BASF-Vorstand der Vorsitzende Hansen und Stellvertreter Freisenhner, Hörkens vom Vorstand der Hoechst AG, Quelle-Chief Schickedanz, Oetker, Asbach, Vertreter des Heinrich Bauer Verlags. (3)

Die an diesen Geheimzirkeln beteiligten Kapitalkreise waren der harte und aggressive Kern einer breiten Kampagne des organisierten Unternehmertums in den Jahren 1971 und 1972. Im November 1971 erschienen in

Ende 1972 schienen dennoch die Bedingungen für den Sturz der Regierung Brandt reif. Barzel und die Unions-Parteien waren sicher, genügend Überläufer für den Sturz der SPD/FDP-Regierung angeworben zu haben. Brandt sollte durch ein konstruktives Mißtrauensvotum gestürzt und Rainer Barzel zum Bundeskanzler gewählt werden. Barzel scheiterte zur Überraschung der Regierungskoalition an einer fehlenden Stimme.

## Die schwarzen Kassen der CDU/CSU

Nach diesem gescheiterten Putsch mit Hilfe des Scheckbuchs kam es im Herbst 1972 zu Neuwahlen. Bei der heutigen Parteispendenaffäre geht es darum, daß Flick und andere Kapitalisten über gemeinnützige Stiftungen unter Umgehung des Finanzamtes die Parteien schmieren. Im Wahlkampf 1972 organisierten die Kapitalisten eine Unzahl von Wählerinitiativen, die scheinbar parteiunabhängig Wahlkampf für die

chell), „Russisches Roulett“ usw. (4)

Die Wahlpropaganda einer „Steuer-Notgemeinschaft“ wurde finanziert von aristokratischen und börsenaktiven Großgrundbesitzern (Fürst von Oettingen-Wallerstein, Graf Heinrich von Schaesberg-Thannheim, Fürst Paul von Quadt zu Wyckrad und Isny, Graf von Spee u. a.), von den Versandhändlern Otto und Schickedanz/Quelle, von feinen Privatbankiers (Sal. Oppenheim jr., Gebr. Bethmann), den Konfektionären Cloppenburg (Fa. Peek & Cloppenburg) und einigen Industriellen (vermutlich auch Flick). In einer kostenlos verteilten Broschüre „Enteignung durch Steuern“ hieß es: „Das Privateigentum an den Produktionsmitteln und an Grund und Boden soll sozialisiert werden — durch offene Enteignung oder, stufenweise, über Mitbestimmung. Das nennt man dann ‚Demokratisierung‘. Zwischen einer solchen Gesellschaft und dem Kommunismus gibt es keine Unterschiede mehr.“ (4)

Als Beleg dafür, daß diese



den großen Tageszeitungen ganzseitige Anzeigen mit der Schlagzeile „Wir können nicht länger schweigen!“. Es waren fünf Dutzend Unternehmer und Topmanager — fast alle großen Konzerne waren vertreten —, die nun die Zeit für gekommen hielten, in die Tat umzusetzen, was laut „Spiegel“ Flick schon am 29. November 1969 als Strategie der „rechten Industriellen-Apo“ protokollarisch notierte: der SPD die Schuld für die bevorstehende Rezession in die Schuhe zu schieben. Anzeigen mit gleicher Stoßrichtung erschienen vom Bundesverband der deutschen Banken und von den Arbeitgeberverbänden.

Ziemlich zügig lief auch die von der Flick-Quandt-Strauß-Connection verabredete Abwerbeaktion für FDP-Abgeordnete an. Die ohnehin knappe Mehrheit der Regierung Brandt im Bundestag schmolz zusehends zusammen. Daß dabei die Milliarden im Hintergrund Transfersummen zahlten, die den damaligen Bundesligamarkt weit in den Schatten stellten, piffen in der ganzen Republik zwar die Spatzen von den Dächern, bewiesen werden auf Heller und Pfennig konnte es aber nur in einem Fall: Ende 1970 hatte der FDP-Abgeordnete Geldner für seinen Übertritt in die CDU einen Beratervertrag über 400 000 Mark in der Tasche — und Geldner ließ die Sache platzen.

CDU/CSU machten. Nach Schätzungen des Presseausschusses der Demokratischen Aktion wurden damals für Wahlpropaganda zugunsten der Unions-Parteien zwischen 165 und 210 Millionen ausgegeben. Davon ca. 100 Millionen von rund 30 Wählerinitiativen, deren Financiers zumeist anonym im Hintergrund blieben. Interessant sind diese Wahlkampfkampagnen für die Unionsparteien nicht nur deshalb, weil ein derartiger politischer Unternehmerrückgang in der jüngeren Geschichte unseres Landes durchaus nicht die Regel war, sondern auch deshalb, weil diese direkt durch die Unternehmer beeinflusste Wahlkampfkampagne geprägt war durch einen entfesselten Antikommunismus, durch hysterische Sozialisierungsängste wegen der sozialdemokratischen Mitbestimmungspläne und durch eine weitgehende Annäherung an die rechtsradikale und faschistische Propaganda gegen die Regierung Brandt.

Die Quandt-Gruppe, Schickedanz/Quelle, BASF, Wagner/Pelikan, Farbwerke Hoechst, Braun AG, Oetker, Reemtsma u. a. finanzierten die Anzeigen eines „Arbeitskreises soziale Marktwirtschaft“. Kostproben: „Inflation auf sozialistisch“, „Die kubanische Katastrophe“, „Totengräber einer Nation“ (Bildmotiv: Hammer und Si-

entfesselte Kampagne zum Erhalt der angeblich bedrohten Marktwirtschaft auf jede Abgrenzung zu faschistischen Kräften verzichtete, mag folgender Text einer Anzeige einer „Vereinigung zur Förderung der politischen Willensbildung e.V.“ genügen. Bei dieser ominösen Vereinigung wirkte vermutlich Graf Schenk von Stauffenberg, Direktor im Flick-Konzern und Schwiegersohn des 1972 verstorbenen CDU-Politikers und Großgrundbesitzers Baron von und zu Guttenberg mit. Der Text richtet sich direkt an die Anhänger der NPD: „Bei aller Sympathie für die eine oder andere Richtung und Weltanschauung — keiner von uns sollte seine Stimme einer Partei geben, die nach menschlichem Ermessen auch diesmal nicht die Fünf-Prozent-Hürde schaffen wird. Der Kampf aller, die deutsch denken und deutsch fühlen, gilt zunächst und vor allem der roten Koalition! Jetzt kommt es darauf an, daß keine Stimme — sei es mittelbar oder unmittelbar — den Roten zugute kommt.“ (4)

Trotz der immensen Unterstützung der Unternehmer erlitten die Unionsparteien und ihr Kandidat Barzel bei der Bundestagswahl 1972 eine empfindliche Niederlage. Ein knappes halbes Jahr später waren Flick und Henkel „entschlossen zur Aktion Kohl“.

## In diesen Kreisen geht's auch ohne Grundgesetz

Diese Mobilmachung gegen die damalige Regierung Brandt ließe sich, wenn auch nur sehr bruchstückhaft, weiterverfolgen. 1976 etwa klagten die Unternehmer unter der Führung des damaligen Daimler-Managers und Flick-Vertrauten Hanns-Martin Schleyer gegen das von der SPD/FDP-Koalition verabschiedete Mitbestimmungsgesetz. Die Klage wurde von 29 Arbeitgeberorganisationen unterstützt und von einigen Großkonzernen vorgetragen. Darunter: die Chemie-Konzerne Hoechst und Bayer, aus dem Einflußbereich der Flick-Gruppe die Firmen Daimler-Benz und Varta, die von der Commerzbank und der Allianz-Gruppe kontrollierte Linde AG. Die Klage wurde vom Bundesverfassungsgericht abgewiesen mit dem Hinweis, daß eine Parität ja nicht gegeben sei.

Zwar gelang es zwischenzeitlich der Regierung Schmidt in beträchtlichen Kreisen des großen Kapitals das Mißtrauen gegenüber der SPD als Regierungspartei abzubauen. Die Aufzeichnungen aus dem Hause Flick aber machen deutlich, daß man sich zwar notgedrungen um atmosphärische Verbesserungen zur sozialdemokratischen Regierung bemühte, weil das Geschäftsinteresse zwingend eine Zusammenarbeit mit der Regierung erforderte, daß man aber nie aufgehört hat, auf den Wechsel in Bonn hinzuwirken. Was für Flick gilt, gilt für Henkel, für Oetker und Quandt, für Teile des Top-Managements der IG-Farben-Nachfolger, für Siemens selbstredend. Die Liste ist bei weitem nicht vollständig.

Für diesen reaktionären Flügel des Finanzkapitals ist die scharfe Ablehnung jedes Versuchs kennzeichnend, durch eine Politik von Reformen und Zugeständnissen die Gewerkschaften in die bürgerliche Politik einzubinden. Das gilt nicht nur im Hinblick auf die SPD. Innerhalb der Unionsparteien macht dieser Flügel seinen ganzen Einfluß geltend, um zu verhindern, daß die Sozialausschüsse die Politik der Unionsparteien nennenswert mitbeeinflussen. Wie weit das geht, wird etwa daran deutlich, daß führende Repräsentanten dieses Flügels auch

schon einmal durchblicken lassen, sie könnten der CDU ihre Unterstützung entziehen.

Der damalige Flick-Manager und BDA-Präsident Schleyer äußerte Ende 1973 öffentlich, daß sich für ihn die Frage stelle, ob er bei einer Zustimmung der CDU zur paritätischen Mitbestimmung überhaupt noch eine politische Heimat habe.“ (5)

Zwei Wochen vorher hatte das führende Mitglied des CDU-Wirtschaftsrates, der Siemens-Direktor Haimo George, (heute, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU-Bundestagsfraktion) erklärt: „Wenn Katzer (damals Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse) sich durchsetzt, platzt nicht nur die Koalition zwischen CDU und CSU, sondern es wird dann sehr bald eine neue Rechtsparität geben.“ (6)

Kennzeichnend für diesen besonders reaktionären Flügel des Finanzkapitals, auf dessen überwiegende wirtschaftliche Interessen an dieser Stelle nicht eingegangen werden kann, ist vor allem sein zynisches Verhältnis zur politischen Macht im allgemeinen und seine zynische Verachtung des Parlamentarismus. Der Versuch, die Regierung Brandt durch den Kauf von Abgeordneten zu stürzen, der systematische Einsatz wirtschaftlicher Macht zur Beeinflussung von politischen Entscheidungen, die Festlegung des nächsten Spitzenmannes der Union auf konspirativ organisierten Treffen — nein, mit dem Grundgesetz unter dem Arm läuft man in diesen Kreisen nicht herum. Im Gefühl der Unangreifbarkeit, das sich wohl einstellt, wenn man 6 Milliarden Mark Privatvermögen im Rücken hat, bewegt man sich bevorzugt am Rande dessen, was das politische Strafrecht Verfassungsverrat nennt. Das hat man schon in Weimar so gehalten. Steht man ohnehin schon am Rande, muß man im Fall des Falles nicht so weit springen.

- 1) Wirtschaftswoche 28. 7. 1979
- 2) Spiegel 45/1970
- 3) vgl. Konkret 24. 8. 1972
- 4) vgl. PDA (Hrsg.) Das schwarze Kassenbuch. Die heimlichen Wahlhelfer der CDU/CSU. Köln 1973
- 5) Die Zeit 7. 12. 1973
- 6) Stern 15. 11. 1973

## Der zweite Rücktritt

### „Ausgebarzelt“

R. C. Barzel ist zurückgetreten. Nach dem Wirtschaftsgrafen war er der zweite „Prominente“ aus der Führungsriege der Regierungsparteien, der diesen Schritt machen mußte. Mußte wohl gemerkt, nicht etwa aus hehren Prinzipien tat.

Niemand weiß (heute noch nicht jedenfalls) was hinter den Türen bei den beiden CDU-Geheimnissen (Fraktion und Präsidium) am Montag und Donnerstag vergangener Woche wirklich geschah.

Die heuchlerische Fernsehansprache Barzels jedenfalls war ebenso offensichtlich nicht mit seiner Partei abgesprochen, wie es deren Willen zuwiderlief. Heute sagt Pöbel-Geißler ganz offen, Barzel sei zu spät zurückgetreten.

Der „unerträgliche Druck“, den Barzel dann als Grund für seinen sehr schnell vollzogenen letzten Schritt anführte, ging wohl am ehesten von seinen eigenen „Parteifreunden“ aus. Als Grund für den Rücktritt muß etwas anderes gesehen werden. Seine großspurige Ankündigung, er werde sich vor dem Untersuchungsausschuß des Bundestages rechtfertigen und rehabilitieren — er wurde auch nicht ansatzweise erfüllt. Im Gegenteil. In einem neuen Ak-

tenordner zu blättern (den er noch nicht einmal herausrücken wollte) ist nun einmal nicht besonders verteidigungswirksam.

Um so wirksamer waren handfeste Tatsachen. Der vielzitierte „Vertrag“ etwa, den Barzel vorlegen wollte, um zu zeigen, daß alle Aktennotizen ganz Falsches behaupteten — er stellte sich als nachträglich zusammengezimmert heraus. Oder die Aussage der Herrn Paefgen, der entgegen Barzels (und Pauls) Behauptungen unterstrich man (Flick) habe diese Kanzlei selbstverständlich erst ausgewählt, nachdem Barzel da untergebracht worden sei.

Nein, es waren weder bloße „Schädigungen im Ansehen des Amtes“ noch einfache „moralische Bedenken“, die zu diesem Rücktritt zwangen, sondern handfeste, gerichtsverwertbare Fakten. Anlaß für den „Rheinischen Merkur“ zu fragen „Muß die politische Elite hinter Gitter?“ Möglich.

## Zur Vorbereitung des Sonderparteitags

Das ZK hatte Anfang des Jahres beschlossen, daß im Rahmen der Sozialismus-Debatte der Partei die Auseinandersetzung mit den Vorstellungen von Marx, Engels und Lenin über die sozialistische Gesellschaftsordnung einen wichtigen Stellenwert hat. Ein Artikel „Marx und Engels über die sozialistische Gesellschaft“ erschien bereits im Sommer im theoretischen Organ der Partei. Ein Artikel „Lenins Strategie für die Übergangsgesellschaft 1917 bis 1923“ liegt jetzt vor und wird in den nächsten Wochen in den „Kommunistischen Heften“ veröffentlicht.

Das ZK diskutierte auf dem Hintergrund dieser Artikel und der bisherigen Parteidiskussion über politische Schlussfolgerungen, die die Partei im Hinblick auf das neu zu erarbeitende Programm daraus zu ziehen hat. Das ZK konzentrierte sich dabei auf die folgenden drei Fragen:

1. Arbeitermacht und Staat im Sozialismus
2. Die Organisation der sozialistischen Wirtschaft
3. Kommunistische Partei und Arbeitermacht.

Die Ergebnisse dieser Diskussion werden in einem Artikel zusammengefaßt, der sowohl in den nächsten „Kommunistischen Heften“ als auch im „Roten Morgen“ veröffentlicht wird.

Ähnlich wie zum Artikel über „Marx und Engels über die sozialistische Gesellschaft“ sollen auch über den Artikel „Lenins Strategie für die Übergangsgesellschaft 1917 bis 1923“ Schulungen in der Partei durchgeführt werden. (Dazu gibt es noch spezielle Einladungen).

Der letzte Parteitag der KPD hatte beschlossen, daß der Sonderparteitag zu Fragen des Sozialismus und des Programms auf jeden Fall vor dem nächsten ordentlichen Parteitag stattfinden soll. Auf diesem Hintergrund hat das ZK folgenden Zeitplan beschlossen:

- Der Sonderparteitag findet Ende Oktober/Anfang November 1985 statt.

- Der nächste ordentliche Parteitag findet Ende Januar/Anfang Februar 1986 statt.

• Das ZK wird Mitte Januar 1985 eine erste Fassung des Programmentwurfs beschließen. Auf diesem Plenum wird das ZK auch über den Entwurf für ein neues Statut der Partei diskutieren. (Ein solcher Entwurf lag bereits dem letzten Parteitag vor, konnte aber aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden.) Die Beschlussfassung über einen neuen Statutenentwurf wird entweder auf diesem oder auf dem darauffolgenden Plenum erfolgen.

• Um die Diskussion des Programmentwurfs in den Grundeinheiten der Partei zu erleichtern, sind für März/April Mitgliederversammlungen geplant, auf denen Mitglieder des ZK den ZK-Entwurf für ein neues Programm vorstellen und begründen werden.

• Auf der Grundlage der bisherigen Diskussion über den Programmentwurf (Mitgliederversammlungen, Zellendiskussion, Beiträge im Kommunist usw.) beschließt das ZK Ende Mai/Anfang Juni eine überarbeitete Fassung des Programmentwurfs, die als Antrag des ZK dem Sonderparteitag vorliegen wird. Diese Fassung des Programmentwurfs wird im „Roten

# Bericht über das Oktoberplenium des ZK der KPD

Am 26./27. 10. '84 tagte das Zentralkomitee der KPD. Das ZK befaßte sich schwerpunktmäßig mit zwei Fragen: der Vorbereitung des Sonderparteitags und mit der Flick-Affäre. Weitere wichtige Themen waren: die Einheit der revolutionären Sozialisten und die Arbeit unter der Jugend.

Morgen“ veröffentlicht.

• Auf dem gleichen Plenum berät und beschließt das ZK den Entwurf für eine Resolution zur Sozialismus-Debatte für den Sonderparteitag.

• Anträge an den Sonderparteitag zur Tagesordnungspunkten

- Programm
- Statut
- Sozialismus-Resolution

werden ab Juli fortlaufend im Kommunist veröffentlicht. Antragsschluss ist der 1. 10. 85. Die Delegiertenwahlen auf den Landesmitgliedern- bzw. Landesdelegiertenkonferenzen sollen möglichst Ende September stattfinden.

- Der Delegiertenschlüssel beträgt 1:10.

Das ZK ist der Meinung, daß die inhaltliche Diskussion in Vorbereitung des Sonderparteitags nicht nur innerhalb der Partei geführt werden soll, sondern auch öffentlich. Das betrifft natürlich vor allem die revolutionär-sozialistischen Kräfte in der Bundesrepublik. Darüber, wie das sinnvoll geschehen kann, wird das ZK auf dem Januar-Plenum '85 beraten.

## Zur Flick-Affäre

Das ZK diskutierte ausführlich über den Bonner Flick-Skandal. Das wesentliche Ergebnis dieser Diskussion ist in der Erklärung des ZK dazu zusammengefaßt. (s. S. 2). Das ZK beschloß außerdem:

- Die Herausgabe eines RM-Extras. Das RM-Extra erscheint in dieser Woche;

- die Herausgabe verschiedener Materialien zum Thema, u. a. Aufkleber, Plakat, Broschüre;

• die Ortsgruppen und Grundeinheiten der Partei aufzufordern, am Samstag nach der Vernehmung von Bundeskanzler Kohl im Flick-Untersuchungsausschuß des Bundestages (7. 11.) da, wo es möglich ist, Info-Stände der Partei durchzuführen;

- die Ortsgruppen der Partei aufzufordern, Parteiveranstaltungen zum Thema durchzuführen. Für diese Veranstaltungen stehen Redner aus dem ZK zur Verfügung.

Das ZK fordert darüber hinaus alle Genossinnen und Genossen der Partei auf, sich für die Forderungen nach rückhaltloser Aufklärung des Bonner Flick-Skandals, Rücktritt von Bundeskanzler Kohl und Neuwahlen einzusetzen und entsprechende Initiativen in dieser Richtung zu unterstützen.

## Zur Einheit der revolutionären Sozialisten

Das ZK diskutierte außerdem über die Frage der Einheit der revolutionären Sozialisten in einer Partei. Als Ergebnis der Diskussion — die damit sicherlich nicht als abgeschlossen betrachtet werden kann — ist festzuhalten:

1. Damit der revolutionäre Sozialismus in der Arbeiterbewegung zu einer konkreten poli-

tischen Alternative für die vom Sozialdemokratismus enttäuschten Arbeiter werden kann, ist es notwendig, eine marxistische Politik zu entwickeln, die frei ist von sektiererischen und dogmatischen Zügen. Diese Aufgabe wollen wir im Rahmen unserer Programm- und Sozialismus-Debatte lösen.

2. Das allein reicht aber nicht. Denn die Tatsache, daß eine politische Strömung — die des revolutionären Sozialismus — der Arbeiterbewegung nicht einheitlich, sondern in verschiedenen Organisationen zersplittert, gegenübertritt, erschwert es ganz erheblich, daß der revolutionäre Sozialismus für Teile der Arbeiterbewegung zu einer konkreten politischen Alternative werden kann.

3. Das ZK ist deshalb nach wie vor der Meinung, daß die Schaffung der Einheit der revolutionären Sozialisten eine Aufgabe ist, die aktiv angepackt werden muß und die man nicht auf die lange Bank eines allmählichen Annäherungsprozesses verschieben darf. Für uns steht die Frage der Einheit in einer gemeinsamen Partei mit jedem, der für den revolutionären Sozialismus, für den Sturz der Bourgeoisie, die Zerschlagung des bürgerlichen Staates ist. Mit jedem, der die Arbeiterklasse als Hauptkraft der Gesellschaft anerkennt und für die Eroberung der politischen Macht der Arbeiterklasse und den Sozialismus eintritt. Mit jedem, der der Meinung ist, daß eine Gesellschaftsordnung wie in der DDR nicht sozialistisch ist.

## Zur Arbeit unter der Jugend

Gemeinsam mit den Genossen des Sekretariats der Zentralen Leitung der KJD diskutierte das ZK über einige Probleme der Arbeit unter der Jugend. Dabei wurde vieles allerdings nur angedeutet. Festhalten läßt sich so viel: Das ZK begrüßt die jüngsten Aktivitäten der KJD gegen die Jugendarbeitslosigkeit und unterstützt die Absicht der ZL, die Arbeit der KJD — im „Roten Rebell“ und in den Gruppen — stärker auf soziale und politische Themen auszurichten, die die Lebensinteressen proletarischer Jugendlicher berühren. In diesem Zusammenhang sei auch noch einmal an die bereits vom letzten Plenum beschlossenen gemeinsamen Lehrstellen-Aktionen von Partei und KJD im nächsten Frühjahr erinnert. Diskutiert wurde auch über die Frage, wie die konkrete Hilfestellung für die KJD-Gruppen verbessert und die Verbindung zwischen ZL und den Gruppen enger gestaltet werden kann.

Das ZK befaßte sich außerdem noch mit verschiedenen Einzelfragen. Unter anderem wurde beschlossen — vom nächsten Jahr an — zweimal im Jahr Wochenendseminare für Zellenleiter durchzuführen, die den betreffenden Genossinnen und Genossen helfen sollen, ihre Leitungsaufgaben besser zu bewältigen.

## Erste Überlegungen zum Internationalen Frauentag 1985

Jetzt ist es an der Zeit, in die Vorbereitungen für den 8. März 1985 einzugreifen oder selbst etwas anzuleiern. In den gewerkschaftlichen Frauenausschüssen der Einzelgewerkschaften, oder schon auf DGB-Kreisfrauenausschubsebene laufen in diesen Wochen die Diskussionen über das „ob überhaupt, wie, wann, Inhalte, Kosten“ etc.

Politisch werden sicherlich die Fragen der Frauenarbeitslosigkeit und des Sozialabbaus — die Maßnahmen treffen ja Frauen ganz besonders — im Mittelpunkt stehen.

Wir wollen hier noch einige Aspekte ansprechen, die unserer Meinung nach in den vergangenen Jahren zu kurz gekommen sind. Es ist sicherlich ein Erfolg der fortschrittlichen Gewerkschafterinnen, daß dieser internationale Kampftag für Frauenrechte wieder offiziell Einzug in die Gewerkschaften gehalten hat. Immerhin hat es in den letzten Jahren darum schwere Auseinandersetzungen, ja Verbote des Bundesvorstandes gegeben. Nun wird von offizieller Seite her versucht, diesen Tag auf Sparflamme zu halten, d. h. erstens auf die Frauen zu begrenzen und zweitens die Öffentlichkeit gering zu halten. Welcher wichtiger Tag könnte der 8. März im Kampf für die Rechte wieder werden, wenn der DGB an diesem Tag zu Großkundgebungen, Veranstaltungen, Demonstrationen Kolleginnen und Kollegen dazu aufrufen würde für die Rechte der Frauen einzutreten.

Um dorthin zu kommen, ist es sich noch ein längerer Weg. An vielen Orten kämpfen Frauen immer noch darum, daß über die Einzelgewerkschaften hinaus gemeinsame DGB-Veranstaltungen gemacht werden (zum 1. Mai würde ja auch nicht nur die IG Metall aufrufen).

Doch gibt es noch eine andere Nuß zu knacken, bei der auch ein Meinungsumschwung unter vielen fortschrittlichen Frauen besonders auch in den Gewerkschaften notwendig ist. Wir sind für die gewerkschaftliche und politische Arbeit von Frauen mit Frauen. Gerade am 8. März sollten wir aber auch unsere Kollegen zur praktischen Solidarität zur Unterstützung der Forderungen der Frauen auffordern! D. h. konkret nicht nur die Flugblätter in den Betrieben an die Frauen verteilen (die Auflagen werden schon so geplant), sondern an alle Kollegen. D. h. den DGB in die Zange nehmen, daß nicht nur die örtlichen Frauenausschüsse, sondern der DGB-Kreis offiziell zu Veranstaltungen, Demonstrationen, Kundgebungen etc. aufruft. (Die inhaltliche Vorbereitung soll natürlich fest in den Händen der Frauen bleiben).

(Leserinnen, die konkrete Fragen über die Möglichkeiten der Vorgehensweise innerhalb der gewerkschaftlichen Frauenausschüsse haben, können sich an die Frauenabteilung beim ZK der KPD wenden.)

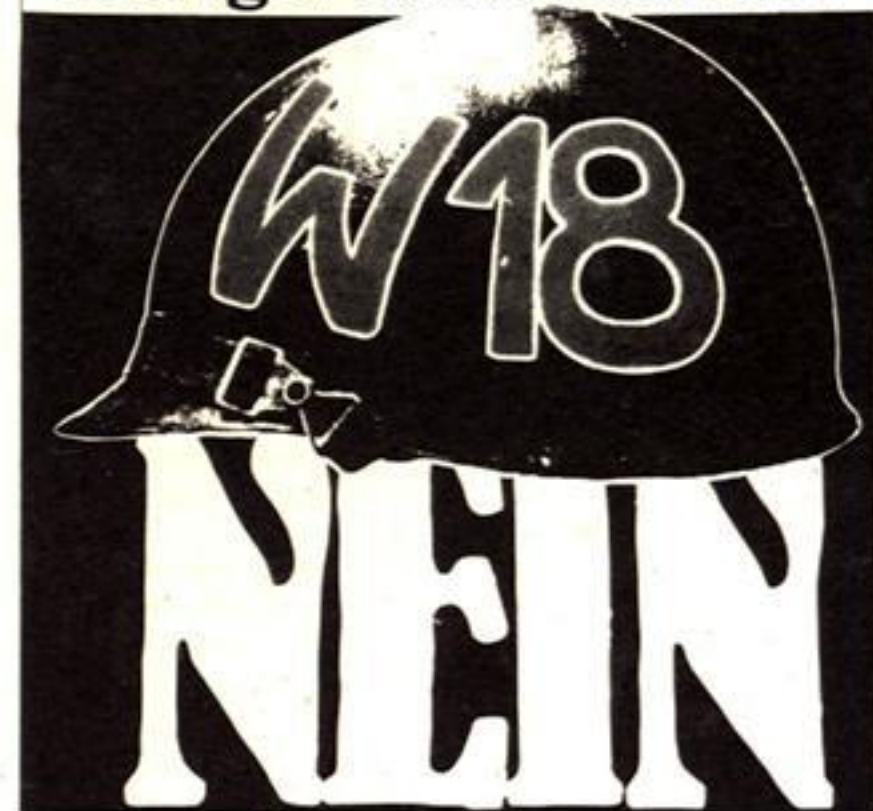
## Neu erschienen

„Roter Rebell“ Nr. 11/84

Aus dem Inhalt: Formaldehyd — Wir sind alle Versuchskaninchen • Jugendarbeitslosigkeit — Neue Armut • Geheimpolizei — Spitzel in Bremen enttarnt • Aktuelle Reportage — Bei den britischen Bergarbeitern • W 18 — Nein! • Plattentips • Neue Bücher • Rätselserie • und, und und ... Bestellungen bitte an den RM Verlag, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30

## Sofort bestellen!

## Länger dient keiner!



## Macht die Bundeswehr kleiner!

Kommunistische Jugend Deutschlands

Die KJD hat schnell reagiert auf den Beschluß der Bundesregierung, den Wehrdienst ab 1989 von 15 auf 18 Monate zu verlängern. Plakat und Button (das selbe Motiv wie auf dem Plakat) können ab sofort beim RM Verlag bestellt werden. Das Plakat gibt's umsonst, der Button kostet 1,50 DM.



Zu bestellen beim RM-Verlag, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30.



## 2. bundesweites Treffen der Polizeikontroll-Initiativen

# Gegen Rasterfahndung und Geheimpolizei

## Für Namensschilder und Datensystem-Entflechtung!

Vom 19. bis 21. Oktober fand im Naturfreundehaus Sommerhagen in Breckerfeld (Sauerland) das zweite bundesweite Treffen von Initiativen „Bürger kontrollieren die Polizei“ statt. Erschienen waren Angehörige der Initiativen in Berlin (West), Bochum, Dortmund, Düsseldorf, Hamburg, Lehrte und Nürnberg, außerdem ein Vertreter des Ausschusses für die am 26. 10. beabsichtigte Gründung einer Initiative in Hannover

sowie Vertreter der Friedensinitiative Münster. Diese hat sich u. a. mit dem internationalen Gesichtspunkt der Ausbildungsaktivitäten der Hiltruper Polizeiführungsakademie befaßt und dort eine besondere Abart bundesdeutscher Entwicklungshilfe für die dritte Welt beobachtet, nämlich die Ausbildung von Polizei-offizieren für autoritäre Regimes bis hin zu faschistischen Diktaturen.



Auf dem Programm stand ein intensiver Erfahrungsaustausch der bisher in aller Regel zahlenmäßig sehr klein gebliebenen Initiativen, während die Anlässe, die seitens des Polizeiapparates für ihre Beobachtungstätigkeit geboten werden, zugenommen haben. Wichtige Themen sollten sowohl in Arbeitsgruppen als auch im Plenum beraten werden. Vorgeführt wurden auch einige Filme, so der Videofilm von Wolfram Seeger, der sich mit polizeilichen Willkürmaßnahmen befaßt, die aus ganz alltäglichen Situationen entstehen, und der aufzeigt, daß es sich dabei nicht so sehr um Entgleisungen einzelner „schwarzer Schafe“ handelt, wie dies gern in der Öffentlichkeit behauptet wird, sondern um Straftaten, die nur selten an die Öffentlichkeit kommen und noch seltener gerichtlich geahndet werden. Außerdem wurde eine „Monitor“-Aufzeichnung über „Under-cover-Agenten“ (Untergrund-agenten) gezeigt.

Die Arbeit der Initiativen reicht von Einzelberatungen der von Polizeiwilckur Betroffenen über die Veröffentlichung von Einzelfällen bis hin zu einer mehr oder weniger systematischen Untersuchung des polizeilichen Vorgehens und der Entwicklung des „Apparates“. Bei der Beurteilung der Rolle der Polizei darf jedoch das Zusammenspiel dieser Behörde mit der Justiz nicht übersehen werden.

Angesichts dieses großen Aufgabenbereichs macht die geringe Zahl der Mitglieder der Initiativen die bisherige Tätigkeit recht lückenhaft, so daß sie oft gegen Resignation in den eigenen Reihen anzukämpfen ha-

ben. Dies bezieht sich auch z. B. auf die Schwierigkeit, die von der Polizei Mißhandlungen angemessen zu beraten. Soll man ihnen empfehlen, sich zu wehren, oder soll man ihnen sagen, daß das wenig Zweck hat?

Denn bei rechtlichen Auseinandersetzungen zwischen Bürgern und Polizisten werden letztere nur in Ausnahmefällen gerichtlich belangt, während Bürger, die es wagen, wegen des gesetzwidrigen Verhaltens von Polizeibeamten den Klageweg zu beschreiten, in der Regel nicht nur den Polizeiapparat gegen sich haben, der auf das Ansehen der Polizei in der Öffentlichkeit bedacht ist und daher seine Beamten deckt, sondern auch noch die Justiz auf den Hals bekommen, da sie vielfach selbst mit einem Strafverfahren bedacht werden. Und im Unterschied zu ihrer Klage führt dieses dann meist zur Verurteilung.

Hinzu kommt zudem, daß Polizisten sich selbst oftmals hinter der Anonymität ihrer Behörde verschanzen können, denn während sie den Bürger zwingen können, seine Personalien preiszugeben, hat er vergleichbare Möglichkeiten nicht. Einig waren sich von daher alle Tagungsteilnehmer in der Forderung, daß Polizeibeamte Namensschilder zu tragen haben.

Im Zusammenhang mit Dienstaufsichtsbeschwerden gegen Polizeibeamte, die häufig in für den Beschwerdeführer unsichtbaren Kanälen versickern, wurde eine Einrichtung angesprochen, die es speziell in Nordrhein-Westfalen gibt: der Polizeibeirat, ein kommunaler Ausschuß, der laut Gesetz „Bindeglied zwischen Polizei und

Bürger“ sein soll. Bisher hat er jedoch ein Schattendasein weitab vom Rampenlicht der Öffentlichkeit gefristet. Dieser Ausschuß arbeitet bisher lediglich als Beratungsgremium für die Polizei und muß gelegentlich als Alibi herhalten, um den Vertrauensverlust von Bürgern der Polizei gegenüber abzufangen. Er müßte jedoch eigentlich als Aufsichtsorgan gegenüber der Polizei tätig sein. (In diesem Sinne will ein Vertreter der Dortmunder Initiative auf ihn einwirken, der über die Liste der Grünen in den Dortmunder Stadtrat gewählt wurde und dann in den Polizeibeirat delegiert worden ist.)

Breiten Raum nahm die Diskussion über die polizeiliche Datenverarbeitung ein. Zwar hat das Bundesverfassungsgericht im Volkszählungsurteil festgestellt, daß „Einschränkungen des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung“ (wie sie durch personenbezogene Datenerhebung, -speicherung und -übermittlung gegeben sind) nur dann zulässig sind, wenn sie den Anforderungen von Normenklarheit, Zweckbindung und Verhältnismäßigkeit genügen (auch diese Formulierungen sind schon ziemlich dehnbar); aber bei der Polizei hat sich hier ein erheblicher „Wildwuchs“ breitgemacht, denn der Polizeiapparat hat vor gesetzlichen Schranken kaum haltgemacht, wenn es darum ging, sein Überwachungssystem auszubauen und zu vervollkommen. Insbesondere hat sich hier eine enge Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten herausgebildet, einmal ganz abgesehen von der Amtshilfe, die die Polizei von ande-

ren Stellen erhält, die über Daten verfügen.

Gefordert wird von den Bürgerinitiativen daher die Entflechtung der Informationssysteme von Polizei und Geheimdiensten sowie der Abbau des Einsatzes von flächendeckenden Fahndungsmethoden (wie z. B. der Rasterfahndung und der Video-Observation). Gefordert wird ein Recht des Bürgers auf Auskunft und Akteneinsicht über Daten, die zu seiner Person gespeichert worden sind, und zwar auch im sogenannten Sicherheitsbereich, auf den sich die Behörden berufen, wenn sie solche Auskünfte verweigern. Gefordert wird die Amtspflicht zur Unterrichtung der Bürger bei verdeckter Erhebung von sie betreffenden Daten (z. B. bei heimlichem Fotografieren). Verlangt werden kürzere Fristen für die Überprüfung und Löschung gesammelter Personendaten.

Während noch vor wenigen Jahren die Aktivitäten der Roten Armee Fraktion und der Bewegung 2. Juni als Vorwand für die polizeiliche Aufrüstung benutzt wurden, dient dafür heute die Rauschgiftkriminalität. Gezielt wird dabei aber in immer stärkerem Maße auf den sich ansatzweise herausbildenden Widerstand Betroffener gegen die menschenverachtenden Auswirkungen der hierzulande betriebenen Politik: Atomkraftwerksgegner, Bewegungen gegen Häuserspekulation, Friedensbewegung, streikende Arbeiter. Um das polizeiliche Einschreiten gegen sie rechtfertigen zu können, wird der Versuch gemacht, sie in die kriminelle Ecke zu stellen.

In diesem Zusammenhang ist das Umsichgreifen geheimpolizeilicher Aktivitäten zu sehen. Die Einschleusung von

Adressen von Initiativen: Öffentliche Polizeikontrolle

Bürger kontrollieren die Polizei, Bürgerinitiative Öffentliche Polizeikontrolle, Fehrfeld 60, 2800 Bremen 1, Tel.: (0421) 704581

AG Bürger beobachten die Polizei, c/o Humanistische Union, Kufsteiner Str. 12, 1000 Berlin 62, Tel.: (030) 8544197

Bürger beobachten die Polizei, c/o Hubertus Wunschik, Sulbstr. 6, 4000 Düsseldorf 1, Tel.: (0211) 347825

Bürger beobachten die Polizei c/o Monika Liesegang, Sternstr. 20, 4600 Dortmund 1, Tel.: (0231) 161990 o. 482090

Erich Eisel, Saladin-Schmitt-Str. 55, 4630 Bochum, Tel.: (0234) 313181 o. 28195 (Praxis)

Bürger beobachten die Polizei, c/o Karin Kuckuck, Rosdorfer Weg 11a, 3400 Göttingen, Tel.: (0551) 73123

Initiative Öffentliche Polizei-Kontrolle, Klaus Volkers, c/o ESG, Boltentorstr. 32, 2970 Emden, Tel.: (04921) 29450

Bürger beobachten die Polizei, c/o Jürgen Böhrer, Dürerstr. 111, 3160 Lehrte, Tel.: (05132) 55435

Bürger beobachten die Polizei, c/o BUU, Weidenstieg 17, 2000 Hamburg 20, Tel.: (040) 400346

FVKK — Roter Sand, Bürgermeister-Schmitt-Str. 2850 Bremerhaven, Tel.: (0471) 412340

Bürger beobachten die Polizei, c/o Humanistische Union, Postfach 2952, 3000 Hannover 1

Bürger beobachten die Polizei, c/o Desl, In der Brückstr. 24, 8500 Nürnberg

V-Leuten, Agents provocateurs und Untergrundagenten in kriminelle Szenen und in politische Gruppierungen geht häufig einher mit kriminellen Handlungen bis hin zur Beschaffung von Sprengkörpern, die dann auch gezündet werden.

Dieser Bereich ist weitgehend einer öffentlichen Kontrolle entzogen, und die Handlungen geschehen ohne Ermächtigungsgrundlage. In einzelnen Bundesländern (z. B. Hamburg) werden auf dem Verordnungswege „Richtlinien“ für solche Under-cover-Agenten erlassen, die als geheime Verschlusssachen gehandhabt werden und angeblich dazu dienen, die Tätigkeit unter Kontrolle zu halten. In Wahrheit jedoch verstoßen solche „neuen Methoden der Verbrechensbekämpfung“ durch Beteiligung an den Verbrechen gegen den Grundsatz, daß die Polizei nicht im geheimen tätig sein darf. Sie durchlöchern die in der Verfassung festgeschriebene Trennung zwischen Polizei und Geheimdienst. Denn so neu sind diese Methoden nicht; schon die Geheime Staatspolizei hat sich ihrer bedient, und die mit ihr gemachten Erfahrungen hatten zu dieser Grundgesetzaussage geführt.

Zu erwarten ist außerdem die Neigung solcher im „rechtsfreien Raum“ operierenden Agenten, zum Zweck des Nachweises ihrer eigenen Notwendigkeit erst Verbrechen zu ermöglichen, zu deren Bekämpfung sie angeblich bestellt worden sind.

Diese geheimpolizeiliche Entwicklung muß als Teil einer umfangreichen Aufrüstung der Polizei gesehen werden. In diesen Rahmen gehören auch Spezialeinheiten wie die Sonderein-

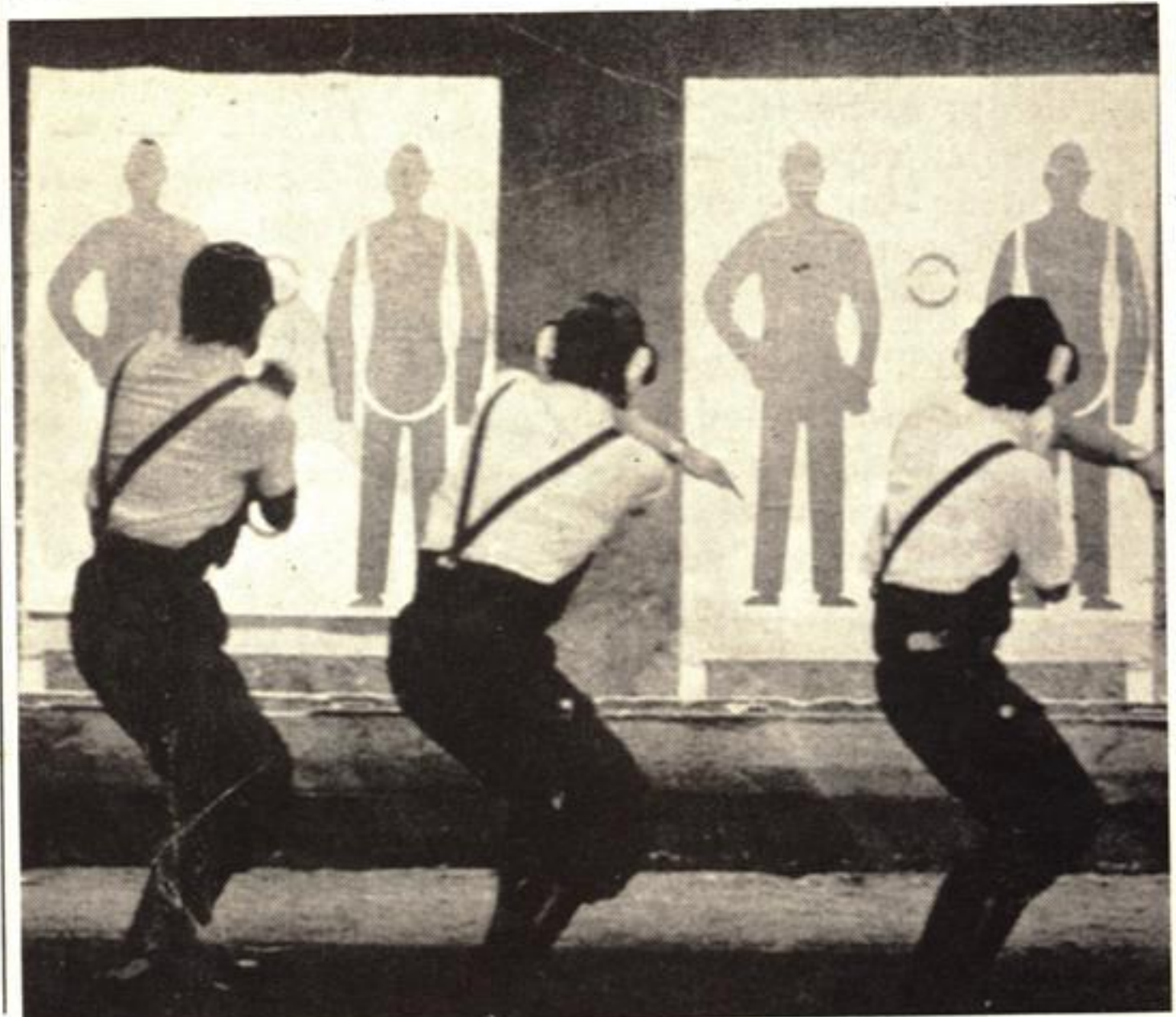
satzkommandos (SEK) und Mobilen Einsatzkommandos (MEK). Bei der zunehmenden Arbeitslosigkeit und der wachsenden Unzufriedenheit in immer größeren Teilen der Bevölkerung ist auch mit einem personellen Anstieg an Bewerbern für diesen Beruf zu rechnen. Man kann sich leicht ausrechnen, daß dabei immer mehr die Fähigkeit solcher Bewerber als Karatekämpfer und Pistolenschützen zum wichtigsten Beurteilungsmaßstab für die einstellende Behörde wird. Angesichts der Korruption führender Politiker und der Käuflichkeit durch das Großkapital ist dies kaum verwunderlich.

Schon jetzt wird bei amtierenden Politikern und Polizeiführungskräften eine deutliche Tendenz sichtbar, eine im rechtswidrigen Vorfeld betriebene polizeiliche Praxis im nachhinein durch Einführung entsprechender Gesetze für rechtmäßig zu erklären. Dieser Tendenz muß entschieden entgegengetreten werden.

Gefordert wird daher von den Initiativen das Verbot aller geheimpolizeilichen Vorgehensweisen und die Auflösung der Sondereinheitskommandos.

Mit diesen Diskussionsergebnissen und Forderungen traten die Initiativen am darauffolgenden Montag, (22. 10.), in einer in Dortmund einberufenen Pressekonferenz an die Öffentlichkeit. Erste Berichte erschienen im Westdeutschen Fernsehen und in den Dortmunder Lokalzeitungen, wobei das Schwergewicht der Berichterstattung auf Äußerungen über den Polizeibeirat verlagert wurde.

kadi



**Zusammenfassung**

- Die Verteilung der kürzeren Arbeitszeiten auf die einzelnen Werkzeuge und Wochen soll so erfolgen, daß der
- Freizeitgewinn spürbar,
- der Beschäftigungseffekt leicht kontrollierbar,
- die Abwehr von Leistungsverdrängung besser möglich ist.
- Diese Gesichtspunkte werden zu unterschiedlichen Formen der Arbeitszeitverkürzung in den Betrieben führen. Es wird Fälle geben, in denen eine Regelung in Form von freien Tagen den genannten Zielen entsprechen kann.
- Die Verkürzung der Arbeitszeit pro Tag und pro Woche sollte dort verwirklicht werden, wo dem diese Grundsätze nicht entgegenstehen. In Hinblick darauf, daß der 7-Stunden-Tag und die 35-Stunden-Woche weiterhin das Ziel gewerkschaftlicher Arbeitszeitpolitik bleiben haben auch diese Formen der Arbeitszeitverkürzung durchaus ihre Bedeutung.

**3. Regelungsbereich**

**Mehrarbeit**

**Zum Problem der Mehrarbeit**

- Mehrarbeit ersetzt Neueinstellungen und vernichtet darum Arbeitsplätze bzw. macht Arbeitsplätze unsicherer.
- Rein rechnerisch hätte das Mehrarbeitsvolumen 1983 (pro Arbeitnehmer in der BRD 89,3 Mehrarbeitsstunden pro Jahr) bedeutet, daß 1,2 Millionen Beschäftigte mehr in den Betrieben nötig gewesen wären; d.h., ohne Mehrarbeit hätte rechnerisch die Arbeitslosenzahl um 1,2 Millionen niedriger gelegen.
- Mehrarbeit ist gesundheitsschädlich. Ständige Mehrarbeit kann zu steigender Frühinvalidität führen. Sie droht, Lebenszeit zu verkürzen.
- Mehrarbeit ist langfristig kein Mittel zur Einkommensverbesserung, weil sie Einkommen von der Mehrarbeitsentscheidung des Unternehmers abhängig macht. Einkommensverbesserungen müssen Gegenstand aktiver Lohnpolitik sein. Aktive Lohnpolitik wird nach allen bisherigen Erfahrungen bei einer hohen Überstundenzahl erschwert.
- Nur wenn Mehrarbeit mit Freizeit ausgleichend wird, treten die negativen beschäftigungspolitischen Folgen nicht auf und erfolgt ein Ausgleich für die zusätzlichen Gesundheitsbelastungen.
- Zielsetzung muß darum sein: Mehrarbeit möglichst vermeiden. Dort, wo sie unabwendbar ist, Regelungen durchsetzen, die grundsätzlich zu Freizeitausgleich bei Mehrarbeit zwingen.

**Auslegung des Tarifvertrages**  
**Definition der Mehrarbeit**  
Zuschlagspflichtige Mehrarbeit liegt dann vor, wenn bei Vollzeitbeschäftigten die individuelle regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit unterschritten wird.

Die 41. Stunde in der Woche ist auf jeden Fall Mehrarbeit. **Umfang und Begrenzung der Mehrarbeit**  
Durch die neuen tarifvertraglichen Bestimmungen ist die Grenze für die zulässige mit dem Betriebsrat zu vereinbarende Mehrarbeit herabgesetzt worden.

Die im Rahmen der tariflichen Bestimmungen zulässigen Betriebsvereinbarungen dürfen auf keinen Fall zu dauerhafter Mehrarbeit führen. Mehrarbeit ist möglichst zu vermeiden. Anstelle von Mehrarbeit sind Neueinstellungen vorzunehmen. Im Tarifgebiet Osnabrück ist die zulässige Mehrarbeit auf 10 Stunden wöchentlich bei einer täglichen Höchstarbeitszeit von 10 Stunden begrenzt.

**(Auszüge, Teil 2)**

# Referentenleitfaden der IG Metall

Die Auszüge, die wir im letzten und in diesem Roten Morgen veröffentlichen aus dem Schulungsleitfaden für die zweitägigen Schulungen, die für Betriebsräte und Vertrauensleute in der Metallweiterverarbeitung bis Ende des Jahres überall durchgeführt werden sollen, geben gute Argumentations- und Positionshilfen für die kommenden Auseinandersetzungen in den Betrieben und innerhalb der IGM. Zielsetzung ist deutlich die 38,5-Stunden-Woche für alle durchzusetzen.

**Freizeitausgleich für Mehrarbeit**

Soweit durchsetzbar, ist als Ausgleich für die Mehrarbeit in der Regel ein Freizeitausgleich zu vereinbaren. Dieser Freizeitausgleich ist nach Möglichkeit auch schon für die ersten 16 Mehrarbeitsstunden kollektiv zu vereinbaren. Bei mehr als 16 Mehrarbeitsstunden besteht ein Anspruch des Arbeitnehmers auf die Abgeltung durch bezahlte Freistellung von der Arbeit. Da die Ein- bzw. Durchführung des Freizeitausgleiches sowohl die Dauer als auch die Lage der Arbeitszeit betrifft, hat der Betriebsrat einen Anspruch auf Schaffung einer kollektiven Regelung durch Betriebsvereinbarung (Verteilung: Freischichten-

rang gegenüber Mehrarbeitsvergütung hat, kann folgendes eintreten:

- Überstunden statt Einstellungen.
- Kein (kollektiver) Schutz für die einzelnen; Arbeitgeber kann stärkeren Druck bei Freizeitausgleich ausüben.
- Bei Bezahlung der Überstunden kein Ausgleich für Mehrbelastungen durch Freizeit, Mehrarbeit geht zu Lasten von zusätzlichen Arbeitsplätzen.
- Interessen des Betriebs gehen vor.
- Ausgleich erst im Zeitraum von bis zu drei Monaten. Die Unternehmer wollen entscheiden, wer wann Freizeit-

- Der Arbeitgeber kann allerdings bei Nichteinigung mit dem Betriebsrat die Einigungsstelle/tarifliche Schiedsstelle anrufen, um eine Regelung durchzusetzen. In dem Verfahren vor der Einigungsstelle/tariflichen Schiedsstelle gelten dann aus Sicht der IG Metall die gleichen Zielsetzungen und Argumente wie in direkten Verhandlungen mit dem Arbeitgeber.
- Inahnte von Betriebsvereinbarungen
- Geltungsbereich: fachlich: Betrieb/Betriebsabteilung, persönlich: Alle Arbeitnehmer/Gruppen von Arbeitnehmern.
- Regelung der individuellen (persönlichen) regelmäßigen Arbeitszeit der Beschäftigten:

- Lage und Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit

- Regelung von Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit und damit auch Regelung einer gleichmäßigen oder ungleichmäßigen Verteilung auf die Werkzeuge.

- Regelung der Verteilung der persönlichen regelmäßigen Arbeitszeit auf die einzelnen Wochen und Festlegung etwaiger Freizeitblöcke für die einzelnen Gruppen von Arbeitnehmern (z.B. jede zweite Woche 3 Stunden bzw. jede dritte Woche 4,5 Stunden).

- Feststellung der Anlagen, an denen die Maschinenlaufzeiten unverändert bleiben, Bildung von Schichtgruppen und Aufstellung entsprechender Schichtpläne für Freischichten, falls die Arbeitszeit in Form von freien Tagen genommen wird.

- Regelung der Bezahlung (Monatslohn), falls die 38,5 Stunden-Woche in Form von Freizeitplänen bzw. freien Tagen durchgeführt wird.

- Bei sämtlichen Regelungen zur Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit auf Werkzeuge und Wochen muß ebenfalls genau festgelegt werden, für welche Arbeitnehmer/Gruppen von Arbeitnehmern oder Betriebsabteilungen welche Verteilung der Arbeitszeit auf Werkzeuge und Wochen gilt, so daß keine Änderung ohne Zustimmung des Betriebsrates durchgeführt werden kann.

- Regelung der AZO-Pausen, Erholzeiten und sonstiger bezahlter Pausen.

- Regelung der Geltungsdauer und der Kündigungsfristen dieser Betriebsvereinbarungen.

- Bei Mehrarbeit ist über die bisher notwendigen Regelungspunkte hinaus bei der Zustimmung zu beantragter Mehrarbeit auch der Freizeitausgleich kollektiv zu regeln.

**Vorbereitung betrieblicher Kampagnen zur Durchsetzung der 38,5 Stunden für jeden.**

**Wir fordern Sicherung der Beschäftigung, Sicherung der Leistungsbedingungen**

In vielen Betrieben sind in den vergangenen Wochen Neueinstellungen, Umwandlung von befristeten Arbeitsverträgen in unbefristete, Übernahme von Auszubildenden nach Abschluß der Ausbildung u. a. vorgenommen worden.

Dies ist sicherlich bei den Betrieben, die vom Arbeitskampf direkt oder indirekt betroffen waren, als Ergebnis des bis zu 7wöchigen Produktionsausfalls zu werten.

Dies zeigt nicht nur, daß sich Betriebsräte, Vertrauensleute und Belegschaften erfolgreich gegen Überstundenausweitung wehren können, sondern zeigt auch, daß die Unternehmer zu Neueinstellungen gedrängt werden können.

Der wirtschaftliche Druck, der die Unternehmer zu Neueinstellungen zwingt, muß bei der beschäftigungswirksamen Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung nun durch den politischen Druck von Betriebsrat, Vertrauenskörper und Belegschaft ergänzt werden.

Es kommt also darauf an, Aktionen im Betrieb vorzubereiten und durchzuführen, um die Arbeitszeitverkürzung in mehr Arbeitsplätze umzusetzen.

Die rechnerische Verkür-

zung des Volumens der Arbeitszeit um 4 Prozent muß nun in eine Forderung nach Neueinstellungen und Sicherung von Arbeitsplätzen sowie Übernahme von Auszubildenden eingebracht werden. Es sollten aber auch Überlegungen angestellt werden, wie die Zahl der Neueinstellungen weiter nach oben gedrückt werden kann. Eine Möglichkeit ist die Verhinderung von Überstunden. Eine zweite Möglichkeit ist die Durchforstung der einzelnen Abteilungen, um festzustellen, wo der Leistungsdruck sehr hoch ist und ein weiteres Drehen der Leistungsschraube den Beschäftigten nicht mehr zuzumuten ist.

**Aktion:**

**Wir fordern Neueinstellungen**

Wenn der Arbeitgeber keine Neueinstellungen vornehmen will und von uns erwartet, daß wir schneller arbeiten, müssen Aktionen zur Erreichung von Neueinstellungen im Betrieb organisiert werden.

Wir wissen, wo Neueinstellungen auf Grund der 38,5-Stunden-Woche vorgenommen werden können.

Jetzt muß die Belegschaft selbst sagen, daß Neueinstellungen erforderlich sind.

• Wir diskutieren die erarbeiteten Vorschläge verstärkt in den Abteilungen. Es ist wichtig, daß jeder Kollege sieht, wie es funktionieren könnte, und welche Vorteile welche Neueinstellung bringt.

• Wir veröffentlichen die Vorschläge durch Aushang am schwarzen Brett, auf Flugblättern oder durch Aushänge in den einzelnen Abteilungen (Beispiele für solche Plakate siehe Anhang).

**Aktion:**

**Wir lassen uns nicht noch mehr aufpacken**

Eine andere Gefahr liegt darin, daß der Arbeitgeber nicht bereit ist, Zusagen für Neueinstellungen zu machen und auch sonst nicht sagt, wie die fehlenden 4 Prozent Arbeitszeit aufgefangen werden sollen. Wenn der Arbeitgeber neue technische Einrichtungen bestellt hat, ist es möglich, daß diese in den betreffenden Abteilungen einen Arbeitsaufwand in der genannten Höhe einsparen.

Wenn der Arbeitgeber aber weder Neueinstellungen noch konkrete technische Neuerungen vorrechnet, bedeutet das im Klartext: Wir sollen schneller arbeiten! — Das gilt es abzuwehren!

Wir erklären jedem Kollegen und jeder Kollegin, daß die Vorstellungen des Arbeitgebers auf nichts anderes hinauslaufen, als auf noch mehr Leistungsdruck. Allen Beschäftigten sollte klar sein, daß jetzt Schluß ist mit den ständig steigenden Anforderungen. Jetzt, wenn 1,5 Stunden auf einen Schlag zusätzlich reingeschafft werden sollen, ist der Punkt erreicht, wo wir sagen: „Noch mehr lassen wir uns nicht aufpacken!“

**Verlauf einer Kampagne zur Durchsetzung**

Zum Abschluß der Schulungsveranstaltung soll der mögliche Verlauf einer betrieblichen Kampagne zur beschäftigungswirksamen Umsetzung des Manteltarifvertrages diskutiert werden. Damit sind gleichzeitig die Schwerpunkte der Arbeit von Vertrauensleuten und Betriebsratsmitgliedern in den nächsten Wochen und Monaten benannt.

Der folgende Vorschlag wird gemeinsam diskutiert. Das Ergebnis dieser Diskussion dient später als Grundlage für ein Arbeitsprogramm in den Betrieben, wo die Aktionen geplant und durchgeführt werden müssen.



plan usw.).

Die Zustimmung des Betriebsrates zu Mehrarbeit sollte von der Belegschaft des Arbeitgebers zu einer solchen Regelung abhängig gemacht werden.

In den Fällen, in denen kein individueller Anspruch auf Freistellung zum Ausgleich von Mehrarbeitsstunden besteht (unter 16 Mehrarbeitsstunden pro Monat), kann der Weg des individuellen Beschwerdeverfahrens (§§ 84 und 85 BetrVG) beschritten werden.

Der Anspruch auf Freizeitausgleich hat in jedem Fall Vorrang gegenüber der Mehrarbeitsvergütung.

**Mehrarbeit bei Teilzeitbeschäftigten**

Mehrarbeit bei Teilzeitbeschäftigten liegt erst dann vor, wenn die tarifliche wöchentliche Arbeitszeit überschritten wird.

**Was wollen die Unternehmer?**

- Keine Neueinstellungen, da für langfristig Mehrarbeit
- Kein Freizeitausgleich bis 16 Stunden; Freizeitausgleich auf keinen Fall kollektiv regeln.
- Freizeitausgleich über 16 Stunden möglichst vermeiden.
- Ungleichmäßige Verteilung der Arbeitszeit, um Mehrarbeit zu umgehen; d.h. zum Beispiel 45-Stunden-Woche ohne Mehrarbeit.
- Auch über 16 Stunden individuelle Regelung des Freizeitausgleichs.
- Freizeitausgleich nach betrieblichen und nicht nach privaten Interessen.
- Überstunden als Anpassung an Aufträge, Freizeitausgleich statt Kurzarbeit.

**Welche Auswirkungen hat das für die abhängig Beschäftigten?**

Wenn nicht durchgesetzt wird, daß Freizeitausgleich Vor-

ausgleich in Anspruch nimmt.

- Freizeitausgleich bis 16 Stunden nicht erzwingbar.
- Individuelle Regelung hat Vorrang.
- Dringende betriebliche Belange haben Vorrang.

**Arbeitseinheit 3: Die Durchsetzung der neuen Arbeitszeit im Betrieb**

**Einleitung:**

In dieser dritten Arbeitseinheit soll es nun darum gehen, die Umsetzung der 38,5 Stunden für jeden im Betrieb vorzubereiten. Dabei handelt es sich um drei Schwerpunkte:

1. Auseinandersetzung mit Vorstellungen der Arbeitgeber und Entwicklung von Argumenten gegen Flexibilisierung und für 38,5 Stunden für jeden. Organisationsinterne und öffentliche Diskussion über etwaige Flexibilisierungsvorstellungen der Arbeitgeber vor Ort.

2. Die Eckpunkte für Betriebsvereinbarungen aus den verschiedenen Regelungsbereichen werden noch einmal im Zusammenhang dargestellt.

3. Entwicklung einer Mobilisierungskampagne zur Durchsetzung der 38,5 Stunden für jeden und einer Strategie für das gemeinsame Vorgehen von Betriebsrat, Vertrauenskörper, Belegschaft und Organisation.

**Eckpunkte für betriebliche Regelungen**

- Für jeden einzelnen Betrieb muß eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen werden. Keine GBR- und KBR-Vereinbarungen!
- Falls keine Betriebsvereinbarung abgeschlossen wird, gilt ab 1.4.1985 die 38,5-Stunden-Woche als persönliche regelmäßige Arbeitszeit aller Beschäftigten des entsprechenden Betriebes.

Falls 38,5 Stunden für jeden Arbeitnehmer vereinbart werden, ist in diesem Zusammenhang nur folgendes zu regeln:

„Die individuelle regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit aller Arbeitnehmer beträgt 38,5 Stunden in der Woche ohne Pausen. Der Arbeitgeber hat dem Betriebsrat gegenüber jeweils zum ... des Monats die Einhaltung der tariflichen Arbeitszeit im Betrieb nachzuweisen.“

Falls der Arbeitgeber unterschiedliche persönliche Arbeitszeiten vereinbaren möchte, muß folgendes geregelt werden:

- genaue Benennung der Arbeitnehmer bzw. der Gruppen von Arbeitnehmern und der Betriebsabteilungen mit den entsprechenden Arbeitnehmern und ihren persönlichen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeiten sowie Hinweis, daß die persönlichen regelmäßigen Arbeitszeiten im Durchschnitt die tarifliche wöchentliche Arbeitszeit von 38,5 Stunden ergeben.

- Festlegung des Termines und der Daten, die dem Betriebsrat monatlich zu übermitteln sind, damit er die Einhaltung der tariflichen wöchentlichen Arbeitszeit von 38,5 Stunden kontrollieren kann.

- Festlegung des Verfahrens bei Neueinstellungen/Ausscheiden von Arbeitnehmern aus dem Betrieb, Um- und Versetzungen zwischen Abteilungen mit unterschiedlichen Arbeitszeiten, damit die Einhaltung der tariflichen wöchentlichen Arbeitszeit auf 38,5 Stunden gewährleistet ist.

- Festlegung eines Verfahrens zur unmittelbaren Anpassung, falls eine Überschreitung der tariflichen wöchentlichen Arbeitszeit im Betrieb festgestellt wird und Regelung des Ausgleichs der zuviel geleisteten Arbeit.

## Briefe + + + Leserbrief

## Bundestags-Serie

Mit Interesse habe ich die Serie über die Funktionsweise der parlamentarischen Demokratie gelesen. Es wurde klar, daß bei uns alle Staatsgewalt nicht vom Volke ausgeht.

Dennoch bleiben zwei Fragen: Was ist zu halten von augenblicklich diskutierten Reformvorschlägen wie: Basisdemokratie, Imperatives Mandat, Rotation. Könntet ihr mal darauf eingehen, was z. B. die Grünen hiermit bezwecken und wie das zu bewerten ist.

Und: Wie sieht die Volksvertretung in einem sozialistischen System konkret aus: Gibt es eine Partei, gibt es mehrere, was heißt Räte- oder Räteparlament? Was verändert die politische und soziale Revolution konkret im Bereich der Volksdemokratie?  
R. H., Oberhausen

## Anschlag hat die Moral gestärkt

Gerry Adams, der Präsident der „Sinn Féin“, des legalen politischen Arms der Irisch-Republikanischen Armee (IRA), gab jetzt dem Nachrichtenmagazin „Newsweek“ (liberales Magazin, weltweit verbreitet) ein Interview zur Taktik der IRA und dem Anschlag auf das britische Kabinett in Brighton: Adams ist zudem auch Abgeordneter des britischen Parlaments, nimmt seinen Sitz aber nicht ein, da er es als „gegen eine Demokratie in Irland gerichtet“ einschätzt.

Adams gibt die eigentliche Verantwortung für den Anschlag der britischen Regierung selbst, da sie „den Krieg jederzeit beenden könnte“, und damit auch solche Anschläge überflüssig würden. Das Attentat habe die Moral der Unterdrückten in Ulster gestärkt und sie nach der Ermordung unbewaffneter Demonstranten durch die Polizei mit Genuß erfüllt.

Adams erwartet eine Zunahme der britischen Übergriffe und „Racheakte“ der Besatzer. Die Drohung von Tory-Abgeordneten (Konservative Partei), gegen die „Terroristen“ müsse die Todesstrafe eingeführt werden, sieht Adams gelassen. Das „Shoot to kill“ (Schießen um zu Töten) sei bereits lange Politik der Briten, auch die Plastikgelenke der Polizei gegen Demonstranten seien lebensgefährlich: „Die Einführung des Galgens für uns ändert nichts an unserem bisherigen Alltag“.

Ein Genosse aus dem Rheinland

## Mehrheitsbeschaffer für die SPD

Die Marktschreierei des Wahlkampfes ist im Rheinland dem (kommunal-)parlamentarischen Alltag gewichen, auch bei den Grünen. Die Partei, die sich als „die neue Kraft der Opposition in den Rathäusern“ vorgestellt hatte, hat sich bis auf sehr seltene Ausnahmen mit den Sozialdemokraten arrangiert.

Exemplarisch nur ein Tag, der 18. Oktober:

Während Jürgen Reents, Ex-Mitglied des Kommunistischen Bundes in Hamburg, im Bundestag für die Fraktion der Grünen erklärt, der Weg Kohls an die Regierungsspitze sei „von Flick freigekauft“ worden und Joschka Fischer den Präsidenten schlicht als „Arschloch“ bezeichnet, geht es in der Provinz weitestgehend harmlos zu:

- Durch Absprache mit der SPD wird in Leverkusen (Bayer-Stadt) ein Grüner mit dem Bürgermeisterposten Nummer 2 belohnt, für die notwendigen Stimmen seiner Partei.

- Die Mehrzahl der Rats-Grünen in Düsseldorf hat die Wahl des SPD-Oberbürgermeisters mitgetragen. (Ohne die Grünen wäre er nicht einmal bis zur Losentscheidung gekommen).

- Im Erftkreis wird der SPD-Abgeordnete Klaus Lennartz mit den Stimmen der Grünen völlig überraschend zum Landrat gewählt.

- In Köln und Gummersbach konzentrierten sich die Grünen auf einen Streit um die Sitzordnung und kamen daher erst gar nicht in die Verlegenheit, ihre Haltung zur SPD offenlegen zu müssen.

Resümee: Immer, wenn die Chance bestand, die SPD zu stärken, nahm man diese wahr!

Der Anspruch, „für die Bürgerinitiativen“ in die Räte einzuziehen, kehrt sich vielerorts ins Gegenteil um: Die Bewegung der Straße wird

zum Alibi für die Grünen Stadt- und Gemeinderäte, die sich hier ihre Unterstützung für bestimmte Anträge holen wollen.

Die Vertreter der Fundamentalopposition innerhalb der Grünen-Partei stellen sich bereits auf zunehmenden Druck ein und suchen nach neuen „informellen“ Organisationsformen wie „Republikanische Clubs“ u.ä.

Ein Genosse aus dem Rheinland

## „Freiheit“

Jeder hat die Freiheit!  
das Licht der Welt zu erblicken,  
auch gegen den Willen der Mutter!

Jeder hat die Freiheit!  
im heranwachsenden einen Kindergarten  
zu besuchen, falls Platz vorhanden,  
und gegen seinen Willen  
religiös beeinflusst zu werden!

Jeder hat die Freiheit!  
eine Lehrstelle anzunehmen,  
wenn ...  
und nach Beendigung arbeitslos  
zu werden!

Jeder hat die Freiheit!  
eine Wohnung zu mieten  
die kostspielig ist und die  
er dann wieder räumen muß!

Jeder hat die Freiheit!  
in Luxus zu leben, wenn der Geld  
hat, wo andere Menschen  
verelenden!

Jeder hat die Freiheit!  
reich zu werden wenn er  
versteht Mitmenschen auszubeuten!

Jeder hat die Freiheit!  
durch Kriminelle- und  
Schmutzliteratur  
sein Leben zu gestalten!

Jeder hat die Freiheit!  
sein einer Herr zu sein,  
wenn er vermögend ist!

Jeder hat die Freiheit!  
In einer Wirtschaftskrise mit  
Arbeitslosigkeit,  
Sozialempfänger, Obdachlosen  
und mit US-Atom-Raketen zu  
leben!

Jeder hat die Freiheit!  
in dem „Muß“ zu leben  
was der Masse vorposaunt wird  
um die Freiheit der Kapitalisten  
zu erkennen!

W.K., Essen

## Korrespondenz aus Köln

## Kundgebung gegen Mord an Kurden

Am Samstag, dem 27. Oktober, fand vor dem Konsulat der Türkei in Köln eine Protestkundgebung statt. Sie richtete sich gegen die neue Welle der Kurden-Verfolgung, die das Regime Evrens seit diesem Sommer ausgelöst hat.

Offiziell richtet sich dieser Feldzug gegen „Separatisten und Terroristen“, in Wirklichkeit wurden ganze Dörfer bombardiert, von der Armee umzingelt, Wintervorräte geplündert, Massenverhaftungen vorgenommen.

Anlaß war eine Aktion, die am 15. August zum Tode von

drei türkischen Soldaten geführt hat, was der Schlächter Kenen Evren mit den Worten beantwortete „natürlich werden wir die Mörder unserer Soldaten nicht durchfüttern, sondern alle hinrichten“. Damals sagte er noch, wie immer, es handle sich nur um eine Handvoll Leute, inzwischen sind selbst nach offiziellen Angaben schon rund

1 500 verhaftet.

An der Kundgebung in Köln nahmen über 300 Menschen teil, wobei allerdings die Beteiligung von Deutschen zu wünschen übrig ließ. Da auf der Kundgebung auch einige Genossen der KPD anwesend waren, hielt ein Genosse die deutsche Rede, die sich auf einen Text, den ihm die Genossen der DIDF zur Verfügung gestellt hatten, stützte.

(Wir werden im nächsten Roten Morgen einen ausführlichen Lagebericht aufgrund dieses Textes veröffentlichen).

## Korrespondenz aus Bremen

## Gewerkschaftsausschluß muß nun zurückgenommen werden!

Im Mai 1982 kandidierte zu den Personalratswahlen beim Fernmeldeamt 2 (FA 2) Bremen im Arbeiterbereich eine Liste fortgeschrittlicher Kolleginnen und Kollegen unter der Bezeichnung „Frischer Wind“. Diese Liste kam zustande, da der Versuch, neue und konsequente Kandidaten auf der DPG-Liste (Deutsche Postgewerkschaft) zu platzieren, auf der entsprechenden MV des FA 2 mit teilweise undemokratischen Verfahrenstricks abgeblockt worden war.

DPG als solche, sondern gegen die Politik des Personalrats beim FA 2 und somit einzelner Funktionäre der DPG gerichtet.

Zudem verwiesen sie darauf, daß sie mit einer „offenen“ DPG-Liste einverstanden gewesen wären, da dann bei der Persönlichkeitswahl noch eine Chance bestanden hätte. Aber dies sei mit den teilweise undemokratischen Tricks verhindert bzw. abgeblockt worden.

Der Amtsgruppenvorstand der DPG stellte daraufhin sofort Ausschlußanträge gegen alle fünf Listenmitglieder mit der Begründung des gewerkschaftsschädigenden bzw. -feindlichen Verhaltens.

Die Liste konnte einen von fünf Plätzen in der Gruppe Arbeiter erringen (obwohl auch hier, also bei der Wahl, unheimlich getrickst worden war; so wurde z. B. die Briefwahl, von der über 50 Prozent der Beschäftigten betroffen sind, zum frühest möglichen Zeitpunkt, also 10 Tage vor dem eigentlichen Wahltermin durchgeführt, was früher nicht üblich war, sie fand sonst an den normalen Wahltagen statt).

Es wurden dann vier Kolleginnen und Kollegen aus der DPG ausgeschlossen, einer hatte sich in der Zwischenzeit distanziert und blieb verschont.

Von diesen Ausgeschlossenen klagten daraufhin zwei Kollegen gegen den Rausschluß. Ihre Begründung: die Kandidatur habe sich nicht gegen die

Jetzt wurde vor wenigen Tagen vom Landgericht Frankfurt das Urteil gesprochen: die beiden Kollegen bekamen recht! Wesentliche Begründung: die Liste habe sich tatsächlich nicht gegen die Gewerkschaft gewandt, sondern ihre Kritik bzw. Wahlwerbung habe sich im Rahmen der Auseinandersetzung mit örtlichen DPG-Funktionären bewegt, dies sei von der Liste auch wiederholt erklärt worden. Es gelte den Grundsatz zu schützen, daß Personalratswahlen frei und ohne Druck oder Einschränkungen stattzufinden haben. Das Landgericht stützte sich dabei ausdrücklich auf die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs.

Das ist sicher ein erster guter Erfolg für die Kollegen, und man kann ihnen nur wünschen, daß sie bei einer Berufung der DPG genauso erfolgreich sind.

## Verzögerungstaktik



Mit dem hinhaltenden Großversuch, den die Bonner Führungsriege am 3. Oktober beschloß, ist das Tempolimit erst einmal vom Tisch. In der Hoffnung, Argumente zu finden, die eine Geschwindigkeitsbegrenzung in der Öffentlichkeit als unwirksam erscheinen lassen, will Bonn diesen Versuch inszenieren, von dem noch nicht klar ist, wer ihn macht und wie er aussehen soll.

Kohl und seinem Kabinett geht es darum, Zeit zu gewinnen, ohne dabei gegen die Interessen der Automobilindustrie zu entscheiden. Opel-Vorstandsmitglied Hans Wilhelm Gäß sieht in der Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung einen „tödlichen Schlag gegen die Wettbewerbsfähigkeit“ der Automobilindustrie. Achim Diekmann vom Verband der Automobilindustrie befürchtet eine grobe Einschränkung der bürgerlichen Freiheit und warnte kürzlich auf der Berliner Automobilschau „AAA 84“: „Angriffe, die auf das Auto zielen aber die Freiheit

meinen, müssen abgewehrt werden.“

Franz Josef Strauß, der auf bayrischen Straßen mit seinem BMW 524 td das Tempolimit ausprobierte, versicherte der „Bild-Zeitung“, daß Fahrer bei Tempo 100 nach ein bis zwei Stunden garantiert müde würden und „vielleicht sogar einschlafen“. Es wäre interessant, zu wissen, wie sich amerikanische und japanische Autofahrer trotz Geschwindigkeitsbegrenzung wachhalten können.

Die Argumente der Gegner einer Geschwindigkeitsbegrenzung erweisen sich als Farce und

lassen sich in der EG wohl kaum glaubwürdig vertreten. Der deutsche Michel darf als einziger in Europa die „Sportlichkeit“ und „Windschnittigkeit“ seines Wagens auf den Autobahnen des Landes voll auskosten. Die Todesopfer und der sterbende Wald konnten bisher die kollektive Freude am Bleifuß nicht trüben.

Eine sofortige Geschwindigkeitsbegrenzung wäre, gemessen an den Katalysatorplänen der Regierung, ein voller Erfolg: Nach dem Bonner Zeitplan würden die Katalysatoren 1990 nicht einmal vier Prozent der Pkw-Stickoxide absorbieren. Durch ein Tempolimit, an dem sich nur 70 Prozent der Deutschen beteiligen würden, ließen sich pro Jahr fünf bis sechs Prozent aller von Menschen verursachten Stickoxide vermeiden.

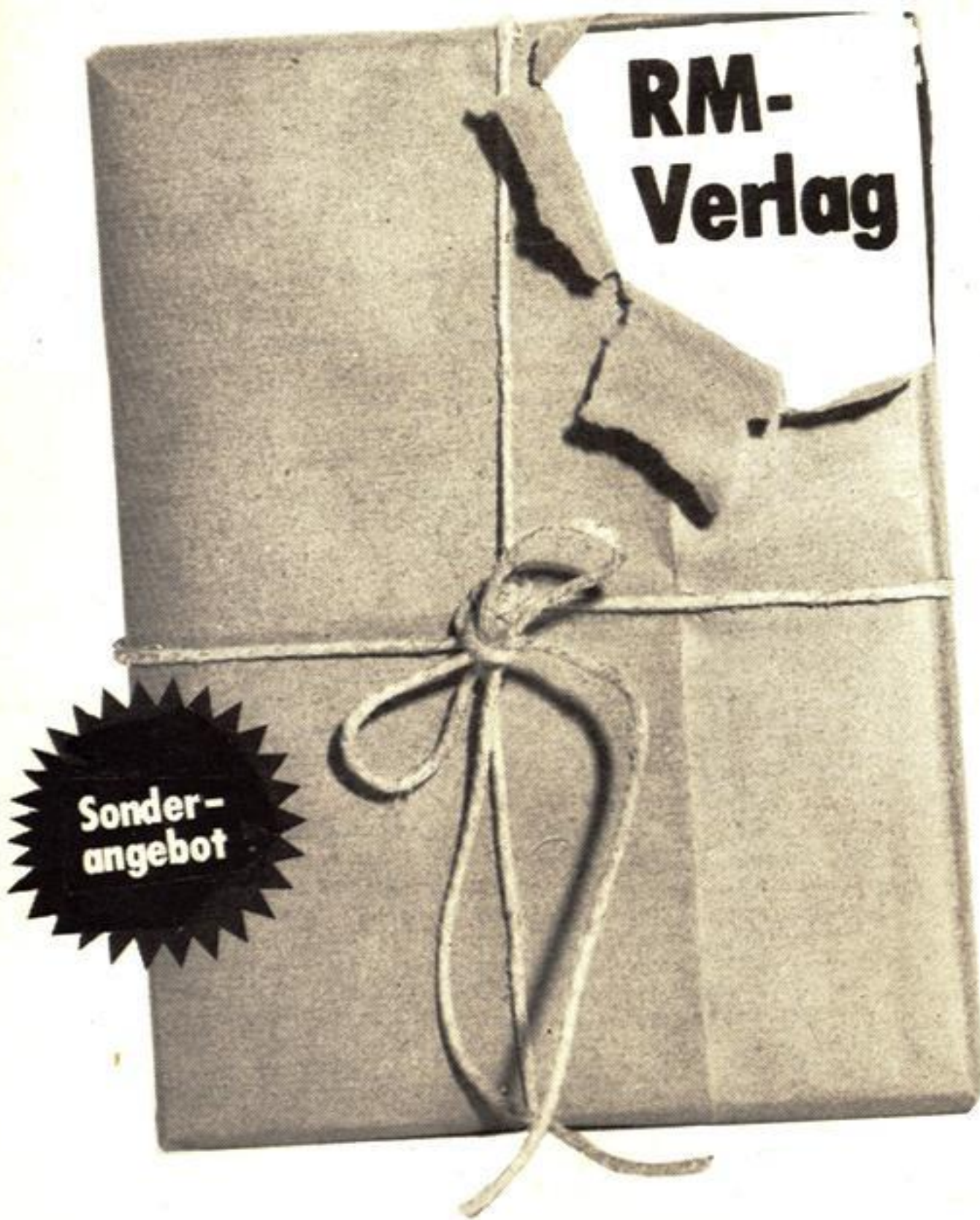
M. Sch.



## Deine Spende für den Roten Morgen!

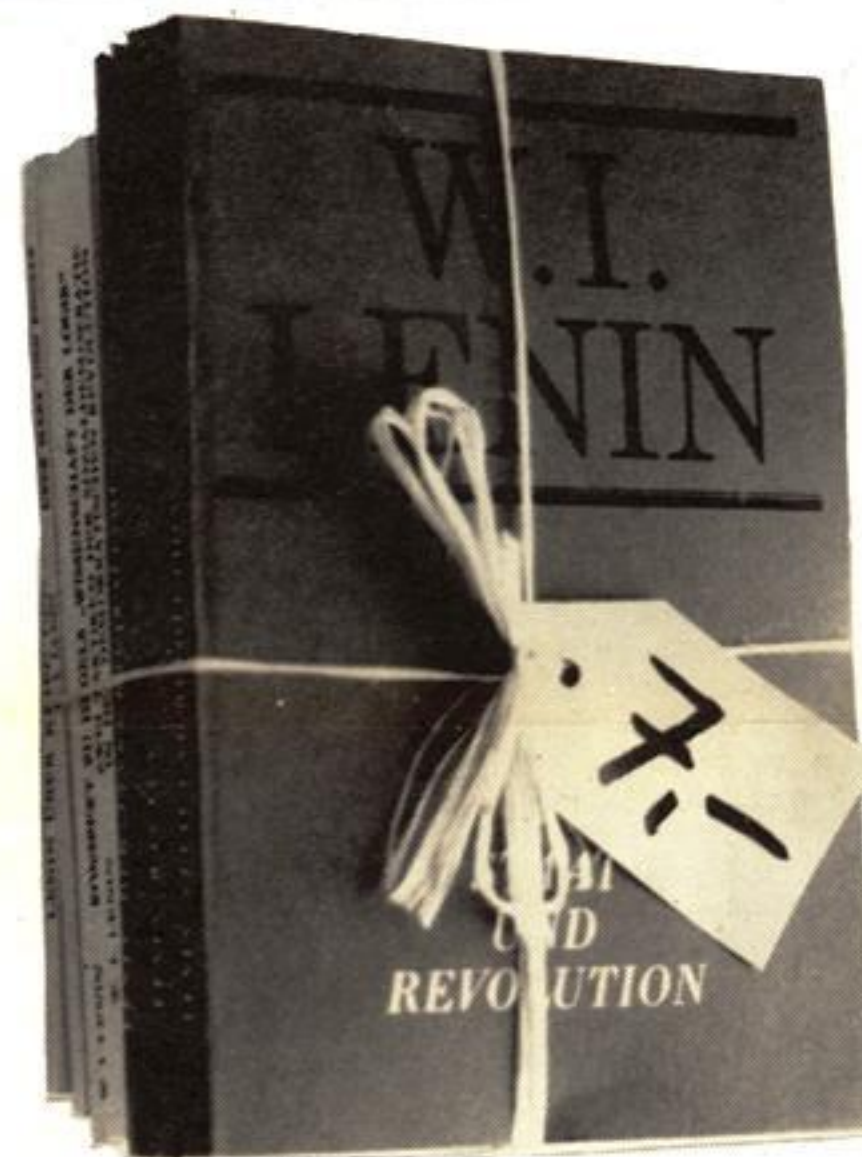
Ist gefragt. Roter-Morgen-Spende: Das ist eines von den drei „Stichworten“, unter denen Genossen, Freunde und Kollegen aufgerufen sind, für die Arbeit der KPD zu spenden. Wir meinen: Unsere Arbeit kann sich sehen lassen. Als Beispiele aus dem letzten Jahr: Serie über den „CDU-Staat“ vor der Bundestagswahl im März, ausführliche und konkrete Berichterstattung über die Entwicklung in Lateinamerika, (Hungerrebellion in Sao Paulo, Entwicklung auf Grenada — und zwar vor der US-Aggression), die einzige konkrete und kritische Auseinandersetzung mit dem DGB-Beschäftigungsprogramm, Exklusivberichte über Betriebsbesetzungen und manches andere mehr, was nicht in anderen Zeitungen zu finden ist (neben Berichten über den Sozialismus in Albanien und über 200 Korrespondenzen). Und wir haben in diesem Jahr noch viel vor — dazu brauchen wir eure Mitarbeit, eure Kritik, aber auch, und das dringend: euer Geld! Deine Spende für den Roten Morgen hilft deiner Zeitung, hilft unserer Partei! Nur mit noch mehr Spenden können wir unsere Arbeit weiter verbessern! Darum: Spende — jetzt!

Auf Konto: Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Stadtparkseite Dortmund, Kto.-Nr. 321 000 290; (Bankleitzahl 440 501 99) Postscheckkonto Dortmund 79 600-461



# Quellentexte zur Sozialismus- diskussion

## Lenin-Paket



**1380 Seiten  
für 7 DM!**

Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung  
Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution  
Konspekt zu Hegels „Wissenschaft und Logik“  
Staat und Revolution  
Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky  
Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus  
Über Krieg und Frieden.  
Über Marx und Engels  
Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus  
Zur nationalen und kolonialen Frage.

## Marx / Engels-Paket



**1500 Seiten für nur 7 DM!**

Marx/Engels — Manifest der kommunistischen Partei  
Marx — Der Bürgerkrieg in Frankreich  
Marx — Kritik des Gothaer Programms

Marx — Vorwort und Einleitung von „Zur Kritik der politischen Ökonomie“  
Marx — Lohnarbeit und Kapital  
Engels — Der Ursprung

der Familie, des Privateigentums und des Staates  
Engels — Dialektik der Natur  
Engels — Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft



**Grundlagen zum Artikel  
Marx und Engels  
über die  
sozialistische  
Gesellschaft in  
Kommunistische  
Hefte Nr. 9  
für 4 DM!**

Marx/Engels — Manifest der kommunistischen Partei  
Marx — Der Bürgerkrieg in Frankreich  
Marx — Kritik des Gothaer Programms  
Lenin — Staat und Revolution

**Bestellungen an: Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103 4600 Dortmund 30**



Reisebericht aus South-Yorkshire

# „Gerade 79 Arbeitswillige“

Korrespondenz aus Bochum

Auf unserer Belegschaftsversammlung am 28. September hatte ich das beiliegende Größschreiben vorgetragen. Ich bat meine Kollegen um den Auftrag, diese Grüße der britischen Bergarbeitergewerkschaft NUM zu überbringen. Die Gelegenheit dazu bot sich mir bei einem Kurzurlaub vom 6. bis 13. Oktober. So kam ich mit verschiedenen Vertretern der NUM zusammen.

In Sheffield übergab ich das Schreiben einem Funktionär der Vorstandsverwaltung der NUM. Er bedankte sich herzlich und sorgte für Kontakte mit dem Bezirkssekretariat von South-Yorkshire in Barnsley, mit betrieblichen und örtlichen Funktionären, mit vielen streikenden Bergleuten.

Ich sah in Worthborough, wie die Gewerkschafter gemeinsame Mahlzeiten für die Familien in einem Wohlfahrtsclub der Bergarbeiter organisierten. Ich erlebte eine Rentnerversammlung in Dudworth, an der noch Kämpfer des großen sechs Monate dauernden Ausstandes von 1926 teilnahmen. Außer mir und meinem Freund war auch ein Vertreter eines niederländischen Gewerkschaftsverbandes als Gast anwesend, der eine Spende überbracht hatte.

Überall wurde ich freundlich empfangen und weitergereicht. Und ungeschminkt erklärte mir der gerade bei der Nachwahl in Cheshire erfolgreiche Labour-Kandidat für das Londoner Parlament, Denis Skinner, was sie brauchen: Solidarität und Money, Money, Money.

Am 12.10. nahm ich morgens bei Schichtbeginn an einem „Picketing“ vor der Zeche Brodworth bei Doncaster teil. Schätzungsweise 1000 Polizisten waren aufgeboden, um drei Streikbrechern die Arbeitsaufnahme zu ermöglichen. In vergitterten Bussen werden sie von der Wohnung zur Zeche geleitet.

Von den sechs nach dem Gesetz erlaubten „pickets“ (Streikposten) war angesichts der vielen Uniformen nichts zu sehen. Eine doppelte Kette von vielleicht 200 Bobbies hatte die Zecheneinfahrt abgeriegelt.

Die NUM konzentriert jeden Tag ihre Kräfte im Bezirk auf eine Zeche. South-Yorkshire ist am meisten von den Zechenschließungen bedroht. Hier nahm die Streikbewegung ihren Ausgang. Und im ganzen Bezirk gibt es gerade 79 Arbeitswillige.

Trotz großer Geheimhaltung und Vorsichtsmaßnahmen bei der Vorbereitung der täglichen Picketings ist die Polizei jedes Mal mit militärischem Aufgebot zur Stelle. Natürlich läßt sich der Aufmarsch von 3500 pickets nicht geheim organisieren. An allen Straßen stehen Streifenwagen der Polizei. Morgens um fünf treffen sich die Arbeiter in ihren Clubs, trinken ihren Tee, erhalten Spesen, tanken ihre leeren Tanks auf und setzen sich in langen Marschkolonnen in Bewegung.

Längst geht es um mehr als die drei Streikbrecher. Die Polizei demonstriert ihre Macht. Abseits vom Zechentor, auf dem gegenüberliegenden Acker nehmen Kampftruppen Aufstellung: in erster Reihe Polizisten mit Schilden, Helmen und Visier in Kampfanzügen wie in der Bundesrepublik bei den Kämpfen um die Atomkraftwerke oder den Frankfurter Flughafen. In zweiter Reihe eine Pferdestaffel, in dritter Polizisten mit Hunden und an der Seite Greiftrupps.

Wer die Reportage des ZDF am 15.10. um 19.30 Uhr gesehen hat, kann sich eine Vorstellung machen, wie groß die Erbitterung der Streikenden ist. Es fliegen Schimpfwörter — Skabs, Eiterbeulen gegen die Streikbrecher, Bastards gegen die Polizei — und Steine.

Zwei Tage zuvor hat das Gericht in London den Streik für illegal erklärt und die NUM zu 200.000 Pfund Geldstrafe verurteilt. Das Gewerkschaftsgebäude in Sheffield, wo ich zwei Tage zu vor war, haben die Bergleute mit Stacheldraht verbarrikadiert gegen die drohende Beschlagnahmeaktion der Polizei.

3,5 Millionen Menschen sind arbeitslos, bei einer Bevölkerung von 55 Millionen.

120.000 Bergleute streiken für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Und 1000 Polizisten werden aufgeboden, um drei Ar-

beitswilligen den Weg zur Arbeit zu bahnen, das „Recht auf Arbeit“ zu sichern.

20.000 Polizeitruppen sind es insgesamt, die zusätzlich nach South-Yorkshire gekarrt wurden.

Gleichzeitig liest man diese Woche in der Presse von einem Prozeß in Liverpool: 37 entlassene Werftarbeiter wurden zu je einem Monat Gefängnis verurteilt. Sie haben durch ein Sit-in vor den Werkstoren wochenlang den Werftbetrieb lahmgelegt!

Die einen werden mit Gewalt an der Arbeit gehindert, die anderen an die Arbeit gebracht.

Breit berichtete das Fernsehen vom Kongreß der Konservativen Partei. Die Frau eines Arbeitswilligen klagt über ihren zerbrochenen Zaun. Zwei Tage lang flimmert das Gesicht eines Streikbrechers mit blauem Auge über Bildschirm in alle Haushalte. Eine knappe Sekunde hat das Fernsehen übrig, daß die Belegschaft von GM-Vauxhall für höheren Lohn in den Streik getreten ist.

In Liverpool erklärt der Labour-Stadtrat die 37 einsitzenden Werftarbeiter zu „freien Männern der Stadt Liverpool“. Er geht in offene Konfrontation mit den eigenen Gerichten.

Das sind einige Schlaglichter, auf das, was ich in zwei Tagen in South-Yorkshire erlebte. Die Bergleute bedanken sich für die Hilfe, vor allem aus den Niederlanden, von der IG Metall, von der IG Druck u. a.

Erbitterung herrscht, daß aber immer noch der Arbeiter dem Arbeiter Feind zu sein scheint. Der Funktionär in der Zentralverwaltung nimmt kein Blatt vor den Mund. Er zeigt uns die Kopie einer Seite aus der IG-Bergbau-Zeitung „Einheit“. Es sei schäbig, daß hier in der Auflistung nur negativer Urabstimmungsergebnisse einzelner Zechen der Eindruck erweckt wird, als wäre der Streik den Kumpels wider Willen aufgezwungen.

120.000 Bergarbeiter von einer kleinen Minderheit radikaler Funktionäre terrorisiert? Monate Streik, Lohnverzicht, Not — von der Gewerkschaft aufgezwungen?

Hoffen deutsche Gewerk-

schaftsfunktionäre, daß die deutsche Kohle im europäischen Konkurrenzkampf den Sieg davonträgt? — fragt einer der Rentner in Dudworth.

Bei uns, im Lande der stärksten europäischen Kapitalmacht, ist die Neigung groß, auf Interessenausgleich, Sozialpläne und Nachgiebigkeit gegenüber den Rationalisierungsbestrebungen der Unternehmen zu setzen. Aber das wird immer schwieriger, je mehr man sieht, daß die durch Sozialplan vernichteten Arbeitsplätze für die nachrückende Jugend endgültig verloren sind.

Sozialpläne allein verlagern das Problem nur aus dem Betrieb heraus auf die Straße, wo eine wachsende Zahl Arbeitsloser, vor allem jugendlicher Arbeitsloser steht. Daraus haben wir im Frühjahr die richtige Schlußfolgerung gezogen, im Kampf um die allgemeine Arbeitszeitverkürzung.

Die britischen Gewerkschaften befinden sich in einer anderen, viel härteren Situation. Das spiegelt sich wider im Scheitern der Schlichtungsgespräche am 15.10. und der Ankündigung des Verbandes der Steiger und Sprengmeister (Nacod), in der kommenden Woche in den Streik zu treten und somit den ganzen britischen Bergbau zum Stillstand zu bringen. Es spiegelt sich wider im Labourparteitag, der sich vor drei Wochen hinter die NUM stellte.

350.000 Mark hat die IG Metall aus unserem Solidaritätsfonds vom Frühjahr nach England überwiesen. Und auch auf örtlichen Solidaritätskonten liegen noch einige Gelder.

Ich mein aber, das genügt nicht. Notwendig erscheint mir, Informationsveranstaltungen durchzuführen, den gegenwärtig in der Bundesrepublik weilenden NUM-Vertreter Joe Holmes nach Bochum einzuladen, Sammlungen durchzuführen, Patenschaften zu organisieren. Ja, auch an die Stadt Bochum heranzutreten, die immerhin Partnerstadt von Sheffield ist.

Der Solidarität der Unternehmer — die Ruhrkohle AG liefert verstärkt Kohle nach England, müssen wir die Solidarität der Gewerkschaften entgegenstellen.

## Solidarität!

Zwei Beispiele der Solidarität von KPD-Genossen: Eine Extraausgabe der Betriebszeitung der KPD für den Saarbergbau, auf der für eine Spendensammlung vor den Betriebstoren geworben wird — die Sammlung der Saargenossen ergab insgesamt rund 500 Mark. Und ein Dankschreiben für die Spende der Genossen aus Bremen, die 1000 Mark zur Unterstützung sandten.

Nach bisherigem Überblick übertrifft die Summe der Spenden, die von Ortsgruppen, Betriebszellen und Einzelgenossen direkt nach England (oder an Joe Holmes) gesandt wurden, die zentral von der KPD gesammelten Gelder um einiges.

Dazu wurden bisher rund zwei Dutzend Informations- und Diskussionsveranstaltungen zum Thema britischer Bergarbeiterstreik durchgeführt. Die Solidaritätsarbeit läuft also, und sie muß weiterhin laufen! Im Wachsen begriffen ist die Zahl der DGB-Organisationen, die sich aller Einwände aus den Reihen verschiedener Vorstände zum Trotz aktiv für die Verstärkung dieser Solidarität einsetzen.

Bei der abzusehenden Fortdauer des Streiks dürfte gerade die kommende Vorweihnachtszeit eine gute Gelegenheit sein, die Solidaritätsarbeit mit den britischen Bergarbeitern zu verstärken!

## ES BRENNT

Zeitung der KPD für Saarberg  
Oktober 1984



Nach 50.000 Pfund Geldstrafe

### Gericht beschlagnahmt Gewerkschaftsvermögen

Kumpel verbarrikadierten sich

Seit dem mehrfach berichteten Sit-in „Toten Morgen“ über einen wichtigen Akt der Arbeitskampfes der Bergarbeiter in England. Nach dem Ziel, die Stilllegung von 20 Zechen und damit die Verhinderung weiterer Arbeitsplätze zu verhindern, geht es in diesem Streik auch gegen die Gewerkschaftsorganisation der Thatcher-Regierung. Vor allem das Verbot, in Betrieben, wo man nicht arbeitet, Streikposten zu stellen, durchbrechen die Kumpel immer wieder. Deswegen wurde die Gewerkschaft der Bergarbeiter zu 50.000 Pfund Geldstrafe verurteilt, da sie das Verbot nicht anerkannte, wurde das Vermögen der britischen Gewerkschaft der Bergarbeiter (NUM) beschlagnahmt.

Schon länger blockierten Kumpel auch Straßen und Kraftwerke, um den Einsatz von Kiste zu verhindern, die zum Teil transportiert wird, um den Arbeitskampf zu unterstützen. So auch bei einem Streik vor dem britischen Parlament.

Mit diesem Urteil soll die NUM blutige Nasen geprügelt werden wie im vergangenen Jahr die Druckergewerkschaft, die in einem Arbeitskampf die Geldstrafe von 47.000 Pfund zu zahlen hatte. Aber die streikenden britischen Bergleute gehen auch jetzt nicht auf ihre Knie. Sie wollen die Verhinderung ihrer Gewerkschaftshäuser in Postposten, den Bären des vorigen Streiks um Gewerkschaften. Rund um die Gebäude wurde der Verkehr behindert mit Barrikaden und Schuttschutt wurde die Hauptdurchgangsstraße in der Nähe des Streikpostens von Port Talbot blockiert. Die Gewerkschaften haben sich zur Aufweichung der Kampflinie geäußert, in dem sie keine geschlossenen Pakt bei der Präsidenten der NUM, Arthur Scargill, mitbekamen, daß trotz der Urteile die Streikposten von Port Talbot nicht abgebaut werden, unabhängig davon, wieviel von unserem Eigentum beschlagnahmt wird. „Sagte ich: „Was soll das? Die NUM von einer Telefonzelle aus berichten.“

Liebe Kollegen wie wir schon mehrfach berichtet haben, verschärft sich die Lage der britischen Bergarbeiter zusehends. Die Gelder schwinden dahin und die reaktionäre Regierung wird immer brutaler. In dieser Situation sind die gesamten Bergarbeiter Deutschlands aufgerufen, Solidarität zu üben und die Kumpels moralisch und auch finanziell zu unterstützen. Deshalb führen wir heute Mittag eine

### Spendensammlung

durch. Das Geld wird danach unverzüglich an die brit. Bergarbeitergewerkschaft NUM überwiesen. Spenden heute Mittag für unsere britischen Kollegen!

VISDP und Kontakt zur KPD in Rheinland-Pfalz und im Saarland: Willi Rohr Sedanstr. 21, 6700 Ludwigshafen

National Union of Mineworkers (N.U.M.)  
St. James House, Vicar Lane  
Sheffield, S. Yorkshire

Großbritannien

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

In Namen der britischen Bergarbeiter und der National Union of Mineworkers möchte ich mich für eure großartige Solidaritätsspende in Höhe von 1000,- DM bedanken. Eure Spende ist ein Beweis dafür, daß ihr wißt, daß wir uns gegen einen Angriff der konservativen Regierung auf die Bergarbeiter und die britische Gewerkschaftsbewegung wehren müssen.

Dieser Beweis der Solidarität macht den kapitalistischen Regierungen in Großbritannien und in Westeuropa auch klar, daß sie die Arbeiter in Zukunft nicht mehr gegenseitig ausbeuten können, sondern daß wir auf praktische Weise internationale Solidarität entwickeln werden.

Mit brüderlichen Grüßen

Joe Holmes

Wuppertal, den 10.9.84

Joe Holmes  
(Offizieller Beauftragter der N.U.M. für die Bundesrepublik Deutschland)

Koordinationsbüro Britische Bergarbeiter  
c/o Gewerkschaft Osnabrück und Wuppertal  
Hauptstr. 1a  
5600 Wuppertal 1

Tel: 0202/33 33 01

Bürozeiten: Mo - Sa 10 - 12 Uhr, 15 - 17 Uhr

Solidaritäts-  
spende vom  
Landesrat  
Weser - Ems

Grüß

Fortsetzung von Seite 1

# Solidarität mit Nicaragua

mokratie, hier gibt es für die Massen die Möglichkeit, Entscheidungen zu treffen.

Dies alles erreicht zu haben, unter den Bedingungen der wirtschaftlichen Blockade vieler Länder, der aggressiven US-Politik, der kriegsähnlichen Auseinandersetzungen mit den Contra-Häufen, in einem Land, das durch die fast 50 Jahre dauernde Somoza-Diktatur ein schweres Erbe zu tragen hat, das ist ein bleibender Erfolg der sandinistischen Revolution. Ein Beispiel für viele Völker in der Welt, das deutlich zeigt, es gibt keine Bedingungen, keine Ausreden: „wir sind zu klein, zu arm, zu schwach“, um eine Revolution durchzuführen, wenn man die Unterstützung des Volkes dafür hat. Und das war und ist in Nicaragua der Fall.

Darum kneift die Opposition in Nicaragua auch bei diesen Wahlen. Eine vernichtende Niederlage, eine lächerliche Schlappe würden sich diejenigen holen, die darauf spekulieren, sämtliche Probleme, Mängel, Engpässe, die es in Nicaragua gibt, der sandinistischen Be-

freiungsfront anzukreiden. Denn das tut die Opposition dort: Die Folgen der internationalen Wirtschaftskrise, der Preisverfall für die landwirtschaftlichen Exportgüter Nicaraguas treffen das arme Land besonders hart — die Opposition wirft den Sandinisten Mißwirtschaft vor. Ähnlich in vielen anderen Bereichen. Die Notwendigkeit, große Verteidigungsanstrengungen gegen die Contras an den Grenzen zu unternehmen, das reißt natürlich Lücken in anderen Sektoren. Es fehlt an Mitteln und Menschen für andere wichtige Aufgaben, eine Sache, die von der Opposition immer wieder demagogisch ausgenutzt wird. Und trotzdem — diese Opposition hätte keine Chance, keine Zukunft in Nicaragua, hätte sie nicht mächtige Verbündete — die USA nämlich.

Das erst kürzlich entdeckte „Terror-Handbuch“, das die CIA in Nicaragua verbreiten ließ, ist nur ein Beweis für die aggressive Politik der USA gegen Nicaragua. Die Contras wären nicht lebensfähig ohne die Waffen, die Beratung, die Unterstützung des US-Imperialismus. Und die USA stehen auch bereit, selbst militärisch einzugreifen, wenn es ihren bezahlten Hilfstruppen und Söldnern nicht gelingen sollte, die nicaraguanische Revolution zu zerstören. Ihr permanenter Flottenaufmarsch in der Karibik, das Ausbauen des Staates Honduras zu einer einzigen großen US-Kaserne machen das deutlich. Und der politische Wille zu einem Überfall, den gibt es auch in Washington. Hier sei nur an das kleine Grenada erinnert, dessen fortschrittliche Gesellschaftsordnung vor einem Jahr von den US-Marines zertrampelt wurde.

Nicaragua — im Krieg stehend mit 15000 bewaffneten Contras, bedroht von der mächtigsten Militärmaschinerie der Welt — dieses Nicaragua geht am Sonntag zur Wahl. Sicher — es hat viel Druck aus dem Ausland gegeben, diese Wahlen durchzuführen. Es wurden Bedingungen gestellt, Hilfen da-

von abhängig gemacht. Es bleibt aber festzustellen, daß die sandinistische Revolution auch stark und selbstbewußt genug ist, in dieser schwierigen Lage für den jungen Staat ein Versprechen der ersten Stunde der Revolution einzulösen. Und ein weiterer Beweis, daß die Führung des Landes auf das Volk baut, ist die Entscheidung, schon 16jährige zur Wahl zuzulassen. Denn Nicaragua ist auch ein Land der Jugend. Die meisten aktiven Kämpfer gegen die Somoza-Diktatur waren Jugendliche, heute stellt die Jugend des Landes den aktivsten Teil der Verteidiger dieser Revolution dar. Sie auch an den Wahlen teilnehmen, mitentscheiden zu lassen, ist nur folgerichtig. Die Jugendlichen tragen die Hauptlast des Befreiungskrieges an den Grenzen, sie sind es, die im vergangenen Jahr mit großen Arbeitseinsätzen die Kaffee-Ernte eingebracht haben, die von größter Bedeutung für den Außenhandel Nicaraguas ist. Die Entscheidung der Sandinistischen Befreiungsfront, das Wahlalter auf 16 Jahre zu senken, ist also kein Bonbon der Herrschenden, sondern eine logische Konsequenz auf die Arbeit der Jugendlichen für die Revolution im freien, im neuen Nicaragua.

Natürlich gibt es auch Kritik an den Wahlen. Wir meinen hier nicht das Gezeter der Rechten, auch nicht die permanenten Versuche der Sozialistischen Internationale dem Volk Nicaraguas hereinzureden. Erst kürzlich war Willy Brandts wichtigstes Anliegen in Nicaragua, mit den Rechten zu reden, und die Sandinisten zur Verschiebung der Wahl zu drängeln. Kritik gibt es aber auch in Nicaragua, das soll nicht verschwiegen werden. Die Wahl des Präsidenten und der verfassungsgebenden Versammlung deuten an, daß es dort ein parlamentarisches System wie in den westlichen Ländern geben wird. Gewählt werden Parteien, die dann Vertreter in das Parlament schicken. Nicht nur von der marxistisch-leninistischen Bewegung der Volksaktion (MAP-ML) wird die Frage gestellt, warum man ein solches System installiert. Auch aus den verschiedensten Massenorganisationen, den Ge-

werkschaften z. B. kommt eine solche Kritik. Die Institutionalisierung der Revolution vom 19. Juli 1979 in ein parlamentarisches System wie es in Westeuropa existiert — das scheint vielen Kräften im Lande sehr problematisch zu sein. Die Forderungen, die auf ein Räte-System hinauslaufen, mit direkter Wahlbarkeit und Abwählbarkeit bestimmter Personen wegen ihrer Arbeit für die Gesellschaft, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit haben aber z. Z. eindeutig keine Mehrheit im Lande. Die Kritik allerdings zeigt auch, daß es in der Entwicklung in Nicaragua auch Gefahrenmomente, problematische Tendenzen gibt. Die allerdings dürfen nicht dazu führen, die Solidarität mit Nicaragua aufzugeben. Wer die Maßstäbe einer blitzsauberen, „korrekten“ widerspruchsfreien revolutionären Entwicklung an Nicaragua anlegt, erkennt nicht nur die konkreten Bedingungen des Landes, er benimmt sich auch arrogant und wird wahrscheinlich auf der ganzen Welt keine Revolution finden, die sich an erdachte Maßstäbe hält.

Und vergessen wir nicht, daß es in Nicaragua mehr Demokratie gibt, als nur diese ersten Wahlen. Der Innenminister des Landes Tomás Borge, schreibt dazu: „Die Demokratie ist nicht etwas, an das man zu Wahlzeiten appelliert, die Demokratie ist nicht die Wahl zwischen Kandidaten, als ob sie Produkte aus dem Supermarkt wären. Die Demokratie ist für uns viel mehr als das: Sie ist lebendig in der massiven, ungehemmten Kritik des Volkes.“

Zum Schluß noch einiges über die Bundesrepublik und ihre politischen Repräsentanten zu Nicaragua: Wenn wir auch nicht vergessen dürfen, daß auch die frühere SPD/FDP-Regierung sich abwartend, skeptisch nicht gerade unterstützend zu Nicaragua verhalten hat, und erst kürzlich die Wahlfarce in El Salvador ziemlich positiv bewertet, geht die Hauptkritik doch gegen die jetzigen Herren in Bonn: die Wenderegierung, die das Folterregime der Türkei fördert und unterstützt wo sie nur kann, die Millionenkredite und Hilfen nach El Salvador schickt, blockiert zugesagte Entwicklungshilfsgelder für Nicaragua. Dieser Skandal erster Ordnung muß angeprangert werden. Wiedereinmal macht sich die Bonner Regierung zum Helfershelfer der US-Imperialisten, die mit wirtschaftlicher Destabilisierung, mit Sabotage und Hetze Nicaragua bezwingen will. Die Sperrung der Entwicklungshilfe aus Bonn ist ein Stückchen des Planes, in Nicaragua so schlimme Verhältnisse zu schaffen, daß sich jemand finden wird, der den berühmten Hilferuf nach Washington sendet. Dort steht alles Gewehr bei Fuß. Wenn die US-Truppen einmarschieren, hat Bonn Mitschuld!

Tomás Borge

## Welche Bedrohung repräsentieren unsere Waffen?

Man sagt, wir seien totalitär, Marionetten des Ost-West-Konfliktes, Satelliten der Sowjetunion, wir exportierten die Revolution, wir würden uns bis an die Zähne bewaffnen und demzufolge die Sicherheit Mittelamerikas, des Panamakanals, Mexikos und sogar die der Vereinigten Staaten bedrohen. Und es gibt sogar einige, die behaupten, daß Nicaragua eine Verschwörung organisiere, damit sich das Baskenland von Spanien trenne!

Manchmal wissen wir nicht, wie wir gegenüber diesen Manipulationen, die grausam, schmutzig und völlig willkürlich sind, reagieren sollen. Ich glaube, es ist un-

deutete, das Volk zu bewaffnen? Wir wären sehr einverstanden, wenn die nordamerikanische Regierung eine Million Menschen in Guatemala, eine Million Menschen in El Salvador und Honduras bewaffnen würde. Das würde bedeuten, das Volk zu bewaffnen und das Volk bewaffnen bedeutet die Fähigkeit zu denken und zu entscheiden für das Volk, das heißt, die Revolution.

Kann Nicaragua eine Gefahr für die innere Sicherheit der Vereinigten Staaten sein? Könnte jemand mit einem gewissen Sinn für Anstand damit einverstanden sein, daß eine mächtige Nation sich das natürliche Recht vorbehält, über das Schicksal von anderen Nationen zu entscheiden, obwohl diese arm und klein sind? Ist es logisch, daß man uns als Aggressoren beschuldigt, wo es bei uns echte Tote gibt, während das Einzige, was andere vorbringen können, falsche Beschuldigungen sind?

Die Welt soll wissen, daß wir nicht schweigen werden, daß wir die Deckung nicht herunternehmen werden. Wenn man die Wahrheit nicht akzeptieren will, bitten wir doch, daß wenigstens unser Engagement, unser Leben für die Sache zu geben, die wir verteidigen, akzeptiert wird. Jahrelang waren wir Friedhof, Finsternis, ein von allen Schüttelfrösten geschütteltes Volk. Die Revolution hat uns — wie in dem Gedicht von Salvador Espino — den tatsächlichen Namen eines jeden Dings zurückgegeben. Wir kennen jetzt die Würde bereits, und wir werden sie verteidigen; wir kennen bereits den Geschmack der süßen Frucht der nationalen Souveränität, und wir werden sie mit den Waffen in der Hand verteidigen.

Nicaragua ist Fenster, Muskel, ausgestreckte Hand. Nicaragua senkt den Blick nicht und bietet seine Bereitschaft zur Arbeit, seine strahlende Freude und seine Liebe für die gesamte Menschheit an. Wegen dieser Liebe und dieser Freude, die wir wie ein Festtagskleid angezogen haben, wegen der menschlichen Solidarität, sind wir zu allen Opfern bereit.

Der obenstehende Artikel ist Teil einer Rede des Innenministers von Nicaragua, die er unter der Überschrift „Im Auge des Orkans“ im September 1983 gehalten hat. Tomás Borge ist der letzte überlebende Mitbegründer der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN).

Die gesamte Rede und weitere Artikel zu Krieg und Frieden in Nicaragua sind jetzt in einem Taschenbuch im Hammer Verlag in Wuppertal erschienen: Tomás Borge, Tagesanbruch gegen den Tod Zu Krieg und Frieden in Nicaragua, Peter Hammer Verlag Wuppertal, Taschenbuch 24, 108 Seiten,

Tomás Borge  
Tagesanbruch  
gegen den Tod



Tomás Borge

sere Pflicht, die Ruhe und Würde zu bewahren, ohne den gerechtesten und heiligsten Zorn, den Volkszorn, unterdrücken zu können. Angesichts dieser Aggression der Flugzeugträger und Lügen müssen wir uns verteidigen. Wir verteidigen uns, indem wir die Wahrheit und die Gewehre ergreifen, selbst wenn sie uns paradoxerweise beschuldigen, Aufrüster zu sein. Welche Bedrohung repräsentieren unsere Waffen? Wenn wir eine Million Menschen unter Waffen hätten, stellte das eine Bedrohung dar? Das Einzige, was dies vielleicht beweisen würde, wäre, daß wir bereit sind, uns zu verteidigen, und daß es in Nicaragua ein Volk in Waffen gibt, das die Revolution unterstützt. Warum bewaffnen sie in Honduras nicht eine Million Menschen? Vielleicht deshalb, weil es in den Arsenalen des Pentagon nicht eine Million Gewehre gibt? Oder deshalb, weil sie in Honduras keine Million Menschen bewaffnen können, da dies be-

## WAFFEN FÜR EL SALVADOR

Für die Ziele, die in Nicaragua vor fünf Jahren mit dem Sturz Somozas erreicht wurden, wird auch in El Salvador gekämpft. Das Volk und die Befreiungsfront FMLN stehen seit Jahren in einem harten, blutigen Kampf gegen die Herrschenden, die sich nur wegen ihrer US-Dollar, ihrer US-Militärberater, die sich nur mit Rücken-deckung des US-Imperialismus halten können.

Der Kampf in El Salvador ist mitentscheidend für das Schicksal der ganzen mittelamerikanischen Region, aller Völker dort. Gerade in diesen Tagen, da das freie Nicaragua im Blickpunkt der Öffentlichkeit steht, darf man El Salvador nicht vergessen. In El Salvador wird bewaffnet gekämpft, die konsequente Unterstützung dieses Kampfes, die beste Solidarität ist die Beteiligung an der Spendenkampagne „Waffen für El Salvador“.

Spendet auf das Konto: Postscheck Berlin West, 28859-107 Sonderkonto, Bankleitzahl 100 100 10, Freunde der alternativen Tageszeitung e.V., 1000 Berlin 65.

„In Nicaragua wohnt die Demokratie jetzt in den Straßen, sie geht zu Fuß durch die Stadtviertel und auf die Bauernhöfe, sie ist in den Fabriken und in den enteigneten haciendas, sie ist dort, wo das Volk sich und seine Zukunft gestaltet. Das Volk von Nicaragua geht jeden Tag zu den Urnen, es wählt jeden Tag. Wenn es den Vorsitzenden eines Verteidigungskomitees oder einen Gewerkschaftssekretär wählt, wenn es für einen Verantwortlichen oder einen Gemeindevertreter stimmt, übt es, zum ersten Mal in seiner Geschichte, wirkliche Demokratie aus,

ein Wahlrecht ohne Angst, ohne daß die Urnen von ausländischen Soldaten bewacht werden, wie bei den Wahlen von Adolfo Díaz oder denen, die José María Moncada gewonnen hat; ohne Stimmenauszählung durch Gauner wie bei den somozistischen Wahlen. Das ist das Recht, das unser Volk jetzt errungen hat, und natürlich wird es dieses Recht weder verlieren noch darauf verzichten wollen. Wir werden allgemeine Wahlen haben.

Sergio Ramirez, im Oktober 1979, wenige Monate nach der Revolution

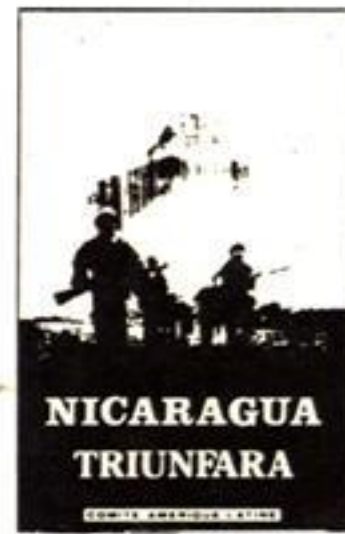
## SONDERANGEBOT



Das Solidaritätspaket Nicaragua: es enthält das RM-Taschenbuch „Brennpunkt Zentralamerika“ (190 Seiten, viele Bilder) und drei Plakate aus Nicaragua (Format DIN-A-2). Alles zusammen zum Sonderpreis von nur 15,— DM.



Bestellungen an: RM-Verlag, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.  
(Einzelpreise: RM-Taschenbuch 11,80DM, Plakat pro Stück 2,— DM, Einzelplakat 3,— DM incl. Versandkosten)



## SPENDENAUFTRUF



CERO VOTOS PARA LA BURGUESIA  
BALAS PARA EL IMPERIALISMO!

(Keine Stimme für die Bourgeoisie, Kugeln für den Imperialismus!)

mit dieser Parole beteiligt sich die MAP-ML am Wahlkampf und an den am 4. November stattfindenden Wahlen in Nicaragua. Ihr Eingreifen ist Teil des Kampfes gegen die Offensive der nationalen Reaktion und des Imperialismus und seiner Söldnerbanden. Es ist Teil des tagtäglichen, praktischen und politisch-ideologischen Kampfes.

Die revolutionäre Presse, die Plakate, Flugblätter, die Veröffentlichung des Wahl- und Aktionsprogramms sind neben den Kundgebungen, Versammlungen, den Radio- und Fernsehsendungen, die wichtigsten Formen der MAP-ML, um ihre Positionen und Forderungen bekannt zu machen.

Trotz der staatlichen Wahlkampffinanzierung wird die revolutionäre Propaganda erschwert: es fehlt an Ersatzteilen für die Druckmaschinen (das Durchbrennen einer kleinen Birne kann dazu führen, daß bestimmte Druckarbeiten überhaupt nicht mehr gemacht werden können). Die Zuteilung von Druckmaterialien ist rationiert: es fehlt an Fotomaterial, Druckfarben, Druckplatten usw. Die Druckmaschinen der Genossen sind veraltet, störanfällig, langsam.

Als Ausdruck unserer praktischen Solidarität mit dem Kampf der nicaraguanischen Genossen der MAP-ML haben wir eine Spendenkampagne beschlossen: 5000 MARK FÜR DIE REVOLUTIONÄRE PRESSE UND PROPAGANDA DER MAP-ML.

In Absprache mit den nicaraguanischen Genossen werden wir von dem gespendeten Geld hier die benötigten Materialien besorgen und für ihre sofortige Weiterleitung nach Nicaragua sorgen.

Spenden auf das Pschk 13456-464, KJD, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30, Stichwort „revolutionäre Presse“.

## Die Gewehre, die die Morgenröte brachten (S. Ramirez)

In diesen Tagen blickt die Weltöffentlichkeit nach Nicaragua. Im neuen Nicaragua — *Nicaragua libre*, freies Nicaragua, wie man es dort stolz nennt, finden die ersten freien Wahlen in der Geschichte dieses leidgeprüften Landes statt. Daß das möglich wurde, ist einer der vielen Erfolge der sandinistischen Revolution von 1979. Aus dem harten Kampf, der nach

langjähriger, erbitterter Auseinandersetzung der Somoza-Diktatur ein Ende machte, stammen die Bilder auf dieser Seite. Der Text über die Barrikadenkämpfer ist von Ernesto Cardenal, heute Kultusminister Nicaraguas. Die Bilder machte Richard Cross, ein Freund der nicaraguanischen Revolution, inmitten der entscheidenden Schlachten, im Frühjahr 1979.

# NICARAGUA LIBRE

## Die Revolution '79



### Barrikade

Alle waren beteiligt

Die Jungen, die fortgingen ohne Abschied von der Mutter, weil sie nicht wissen sollte, daß sie gingen.

Der Mann, der zum letzten Mal sein Mädchen küßte.

Und das Mädchen, das sich aus der Umarmung löste, um ein Gewehr zu umarmen.

Der Junge, der seiner Großmutter einen Kuß gab,

bei der er wohnte

und sagte, er käme gleich wieder und die Mütze nahm und nicht wiederkam.

Alle, die Jahre in den Bergen lebten, Jahre im Untergrund, in Städten, die gefährlicher waren als die Berge.

Alle, die Botschaften überbrachten auf den dunklen Wegen des Nordens, oder Fahrer waren in Managua, Fahrer von Guerilleros in jeder Abenddämmerung.

Alle, die Versammlungen organisierten im Ausland mit Fahnen und Liedern oder auf Teppichen standen im Vorzimmer irgendeines Präsidenten.

Alle, die Kasernen stürmten mit dem Schrei: Freies Vaterland oder Tod.

Der Junge, der Wache hielt an der Ecke einer befreiten Straße

ein rot-schwarzes Tuch vor dem Gesicht.

Die Kinder, die Pflastersteine schleppten,

die Steine aus den Straßen rissen

— der Straßenbau auch in den Händen Somozas —

und Stein um Stein schleppten

für die Barrikaden des Volkes.

Die Frauen, die den Jungen auf den Barrikaden Kaffee brachten.

Alle, die wichtige Aufgaben hatten

und alle, die weniger wichtige Aufgaben hatten:

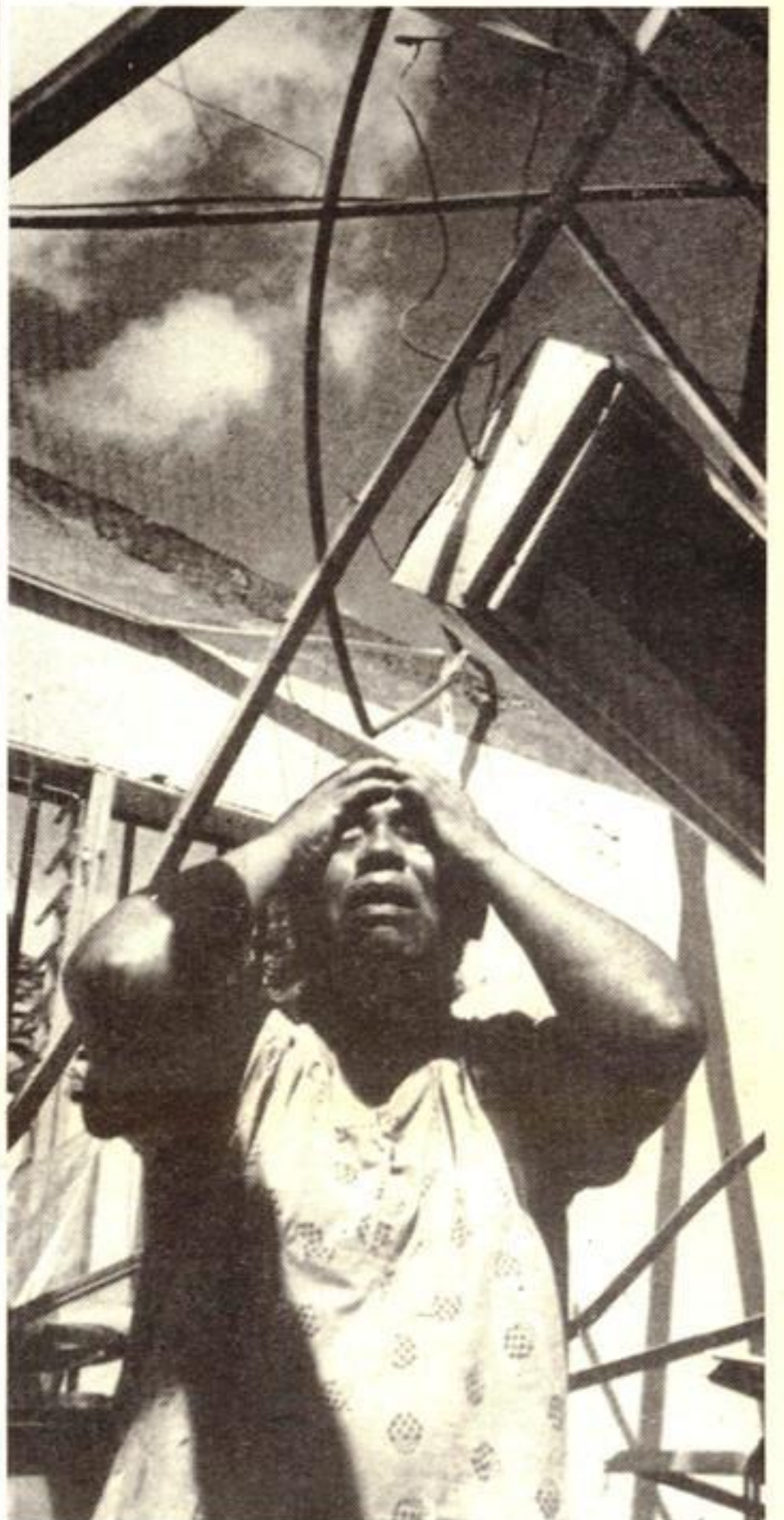
Alle waren beteiligt.

Alle häuften wir Stein um Stein auf die große Barrikade.

Alle waren beteiligt. Das ganze Volk.

Ein ganzes Volk am gleichen Strang.

Und so schafften wir es.



4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr

4600 Dortmund (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109a, Tel.: (0231) 20931

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 4430 14.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

## Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingshofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohrer, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 69382 466529.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4663966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.